



rote hilfe 27

Herausgegeben von der provisorischen zentralen Leitung

PREIS 1.-DM

kämpft mit der Roten Hilfe gegen

Isolierhaft, Terror, Folterung-

für die Freiheit der politischen Gefangenen!

SEIT DEM 13. 9. 74. BEFINDEN SICH ÜBER 40 POLITISCHE GEFANGENE IN DEN WESTDEUTSCHEN UND WESTBERLINER GEFÄNGNISSEN IM HUNGERSTREIK. DURCH IHREN BEWUSSTEN UND OFFENSIVEN KAMPF GEGEN DIE VERNICHTUNGSHAFT WOLLEN DIE GENOSSEN BEDINGUNGEN SCHAFFEN, UNTER DENEN SIE ALS REVOLUTIONÄRE WEITERKÄMPFEN KÖNNEN. DIE ROTE HILFE KÄMPFT MIT DEN POLITISCHEN GEFANGENEN FÜR DIE FORDERUNGEN:

- SCHLUSS MIT DER VERNICHTUNGSHAFT!
- SCHLUSS MIT DER ISOLATIONSHAFT!
- FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Isolationsfolter bedeutet den Tod auf Raten!

Diese Isolier- und Vernichtungshaft müssen wir brechen!

Wir müssen es den Revolutionären ermöglichen, im Gefängnis den Kampf weiterzuführen. Deshalb dürfen wir es nicht zulassen, daß die Bourgeoisie die politischen Gefangenen isoliert und vernichtet.

Unter unmenschlichen Bedingungen sind die politischen Gefangenen inhaftiert. Vor allem durch die Folter durch die totale Isolation versucht die Bourgeoisie, ihren Kampfeswillen zu brechen, sie physisch und psychisch zu vernichten. Isolationsfolter - das bedeutet, daß die Gefangenen in schalldichten Einzelzellen und den toten Trakts der Gefängnisse



Vor allem jetzt, wo der Kampf der Genossen einen Höhepunkt nimmt, wo sie selbst unter Einsatz ihres Lebens den Hungerstreik für diese Ziele durchführen, müssen wir alle Kräfte anspannen und die vorhandene Solidarität der Werktätigen in einer geschlossenen Front organisieren.

Die RH hat stets das Ziel vor Augen, die Freiheit der politischen Gefangenen zu erkämpfen. Sie verbindet sie nach Kräften mit der Solidarität der Werktätigen; sie betreut sie, ermöglicht und erleichtert ihnen die Weiterführung des Kampfes gegen die Kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückerkordnung auch im Gefängnis unter den schwierigsten Bedingungen.

Inhalt

Seite

Kommentar d. Redaktion	2
Proletarischer Internationalismus.....	2/3
Hungerstreikerklärung.....	5
Terrorurteile	6
Freispruch für Gestapo-Verbrecher...6	
Freiheit für Antifaschisten!.....	7
Tod dem Faschismus!	7
Brief von Otto Worm	10
Verhindert drohenden Rausschmiß!..	10
Urteil Osswald-Schulte-Prozeß.....	11
Hände weg von der RH!.....	11
Anklage gegen M.R. und B.L. ...	12
Hetze gegen Antimilitaristen ...	12
Anarchisten provozieren	13
Umrüstung des BGS	14
Ortsgruppen der RH gegründet. .	14
Albanien: Reisebericht.	15
Korrespondenz.....	15
Soldatenkorrespondenz.....	13

untergebracht sind. Hinzu kommt körperliche Folterung durch Fesselung, Dauerhitze, Sauerstoffentzug, die Androhung und Anwendung von Psychiatrisierung oder Zwangsnarkotisierung.

Nach medizinischer Erkenntnis führt die über längere Zeit fortgesetzte Isolation zum langsamen Tod des Gefangenen. Die Gehirnzellen bekommen über die Nervenbahn durch die Sinnesorgane ihre Impulse, sozusagen ihre Nahrung. Wenn den Sinnesorganen die Reize entzogen werden, sterben die Gehirnzellen ab. Sie können nicht regenerieren. Die Isolierhaftfolter verursacht zwar keine Wunden am Körper, keine Knochenbrüche - sie führt aber unausweichlich zum Tod des Gefangenen.

Vorwärts in der Tradition der Roten Hilfe Deutschlands!

Viel können wir auch hierbei von der großartigen Arbeit der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS (RHD) der Weimarer Republik lernen.

Durch gewaltige Massenbewegungen, organisiert von der RH, wurden in 9 Jahren 3 Amnestien für politische Gefangene erkämpft.

Die Organisationen der Arbeiterklasse sowie zahlreiche Betriebsbelegschaften übernahmen Patenschaften für politische Gefangene. Auf zahlreichen Versammlungen und Demonstrationen, in ihrer Zeitung, auf Flugblättern und Handzetteln

Kommentar:

Ein Angriff auf den Kampf der politischen Gefangenen! Ein Angriff auf die revolutionäre Solidaritätsfront!

"Der Genosse Horst Mahler ist mit ungebrochener Schöpferkraft für die revolutionäre Bewegung zurückgewonnen worden!"

So lesen wir in der Ausgabe 7/74 der Zeitung der "R" H e.V. Was soll bedeuten: er wurde wiedergewonnen? Doch nur, daß Horst Mahler vorher nicht zur revolutionären Bewegung zu zählen war! Er gehörte zur "Roten Armee Fraktion" (RAF). Aus dieser Aussage der "R" H e.V. kann man nur eines schließen: Wer zur "RAF" gehört, gehört nicht zur revolutionären Bewegung! Dies ist eine erneute, etwas umschriebene Hetze auf die Genossen der "RAF", die schon mehr als einmal von der Gruppe "Rote Fahne" und ihrer Tochter, der "R" H e.V. als Terroristen oder Konterrevolutionäre bezeichnet wurden. Und diese Hetze tarnt sich unter dem heuchlerischen Mantel der angeblichen Solidarität mit den im Hungerstreik befindlichen Genossen!

Horst Mahler hat eine über weite Strecken kaum verständliche politische Erklärung abgegeben. Darin heißt es, die "RAF" Genossen seien Menschen von "moralischem Charakter". "Der moralische Charakter haßt die Unmoral und denjenigen, der die moralischen Ansprüche in sein Verhalten nicht erfüllt. Da RAF Politik und Moral der RAF Genossen eins sind, hassen sie jene, die ihre Politik nicht nachvollziehen. Sie überzeugen nicht, sondern sie üben moralischen Terror. Sie führen nicht, sondern sie treiben an."

Horst Mahler behauptet nichts anderes als: Die "RAF" Genossen hassen alle diejenigen, die im Befreiungskampf einen anderen Weg beschreiten, die andere Anschauungen haben, die andere Aktionen durchführen. Ja weiter: Gegen die, mit denen sie Meinungsverschiedenheiten haben, üben sie "moralischen Terror" aus. Horst Mahler und mit ihm die e.V. behauptet, daß die Genossen der "RAF" nicht den Imperialismus, die kapitalistische Unterdrückerherrschaft hassen, den Trennstrich zwischen den Unterdrückern auf der einen und dem Volk und sich selbst auf der anderen Seite ziehen. Er behauptet: sie ziehen den Trennstrich zwischen sich und den anderen. Das Volk teilt die Ansichten der Genossen der "RAF" zu einem guten Teil nicht. Folgt man der Erklärung Mahlers, so kann nur herauskommen: Die Genossen der "RAF" hassen das VOLK!

Daß dies vollständig den Anschauungen der "R" H e.V. entspricht zeigt sich zum Einen in ihrer Ansicht über die Wiedergewinnung Horst Mahlers für die Revolution. Zum Anderen machten es Vertreter der e.V. in Frankfurt deutlich. Sie traten dort auf einer Veranstaltung auf und erklärten, daß sie die Genossen der "RAF" für objektive Volksfeinde halten würden. Jedoch würden sie "natürlich" trotzdem zur Solidarität aufrufen. Horst Mahler erklärt in seiner Schrift, nur die "Organisierte Kritik" an den Genossen der "RAF"

sei wirkliche Solidarität mit ihnen, und beteiligt sich, wie die politischen Gefangenen Kunzelmann und Boude', die ebenfalls der "R" H e.V. angehören, konsequent nicht am Hungerstreik und spaltet so die Solidaritätsfront. Aber diese sogenannte "Solidarität" hat mit der proletarischen Unterstützung für verfolgte Klassenkämpfer nichts mehr gemein. Viel mehr lautet die Haltung Mahlers und der e.V. im Klartext: Die Genossen der "RAF" sind zwar Verbrecher, "objektive Volksfeinde", die "moralischen Terror" gegen anders denkende üben, aber wir müssen doch Mitleid mit ihnen haben, weil sie so schlecht dran sind.

Die Rote Hilfe hat mehr als einmal dargelegt, daß sie mit verschiedenen Anschauungen der Genossen der "RAF" nicht übereinstimmt und die Haltung der Genossen kritisiert. Wir sind der Ansicht, daß allein die Kraft der Werktätigen Massen voran die Arbeiterklasse, die politische Unterdrückung brechen kann. Jeder Revolutionär, jede revolutionäre Organisation muß sich in ihrem Kampf auf die proletarischen Massen stützen, das alleine sichert den Sieg. Dem gegenüber legen die Genossen der "RAF" eine Haltung des Einzelkämpfertums an den Tag, die sich nicht auf die Kraft der Massen hauptsächlich stützt. Diese Kritik aber ändert nichts daran, daß Aktionen wie die Bomben im U.S. Hauptquartier ein gerechter Ausdruck des Hasses des westdeutschen Volkes auf die Verbrecher des U.S. Imperialismus im Vietnamkrieg dargestellt haben und deshalb unsere volle Sympathie haben und von uns rückhaltlos verteidigt werden.

Die Erklärung Horst Mahlers und der "R" H e.V. sollen die Solidaritätsfront spalten und verwirren. Sie stellen einen Angriff auf die revolutionäre Front der Solidarität dar, den kein Revolutionär, kein fortschrittlicher Mensch hinnehmen darf!

Es lebe der

In seinem verzweifelten Ringen um sein Überleben, um seine Behauptung gegen den Ansturm der Völker der Welt und der Werktätigen aller Länder auf seine zerfallenden Bastionen, greift der Imperialismus weltweit zu immer schärferer Unterdrückung der Völker und dabei ganz besonders der Revolutionäre, die den Kampf für die Völkerfreiheit, für den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben haben. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den bis an die Zähne bewaffneten Imperialismus in der gemeinsamen Front für die Zerschlagung der Unterdrückerherrschaft durch die proletarische Revolution schweißt die Arbeiter aller Länder und die Völker der Welt immer enger zusammen.

Mit der Verschärfung des Kampfes wächst die Härte, werden auch die Opfer für das Ziel der Freiheit zahlreicher und größer. Die Organisation der Solidarität mit wegen ihres Einsatzes für die Sache der Revolution Verfolgten über die vom Imperialismus errichteten Grenzen hinweg gehört zu den wichtigsten und grundlegendsten Aufgaben einer proletarischen Solidaritätsorganisation. Alle, die schon selbst politisch verfolgt waren und im Kampf gegen politische Unterdrückung standen und stehen, wissen, welch unerhörte Stärkung die internationale Solidarität bedeutet.

Die proletarische Solidarität ist ihrem Wesen nach international.

Dies kann und darf kein leeres Bekenntnis sein. Getreu dem Wesen der Roten Hilfe haben wir die Aufgabe, unseren ausländischen verfolgten Klassenbrüdern nach Kräften Hilfe zukommen zu lassen, um dadurch die Front der Völker und Arbeiter aller Länder zur gewaltsamen Zerschlagung der kapitalistischen Unterdrückerherrschaft die Front der Völkerfreundschaft und Kampfverbundenheit über alle Grenzen hinweg zu stärken.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat Hunderttausende von ausländischen

ATÖF: Erklärung

über die Verhaftung von Baha Targün

Im vorigen Monat wurde Baha Targün von der westdeutschen Polizei verhaftet.

Wie bei anderen Fällen gibt die westdeutsche Polizei als Verhaftungsgrund an, Baha Targün sei "kriminell". Er soll nach Angaben der Staatsanwaltschaft einen türkischen Kapitalisten erpresst haben.

Mit dieser vorgeschobenen Begründung soll der politische Charakter dieser Verhaftung verdeckt werden. Es soll der Eindruck erweckt werden, daß es sich bei der politischen Unterdrückung der Ausländer um Kriminellenbekämpfung handelt.

Mit der Verfolgung fortschrittlicher Arbeiter und Studenten aus der Türkei, und mit Verhaftungen einzelner bekannter Patrioten aus der Türkei, will die

westdeutsche Bourgeoisie die fortschrittlichen Organisationen der Türkei treffen. Sie will verhindern, daß Arbeiter und Studenten aus der Türkei sich in ihren fortschrittlichen Organisationen zusammenschließen und gemeinsam mit anderen ausländischen und deutschen Arbeitern und Studenten für ihre demokratischen Rechte, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, gegen die politische Unterdrückung, gegen Teuerung und Arbeitshetze kämpfen. Die westdeutsche Bourgeoisie will darüber hinaus verhindern, daß die Arbeiter und Studenten aus der Türkei den gerechten Kampf ihres Volkes, für Volksdemokratie und Unabhängigkeit hier propagieren und diesen Kampf unterstützen. Die verhafteten Patrioten aus der Türkei:

Fortsetzung auf Seite 4

proletarische Internationalismus!

Die internationalistischen Aufgaben der Roten Hilfe

Werkstätigen als Lohnsklaven nach Westdeutschland geholt. Sie mußten ihre Heimatländer verlassen, weil diese vom Imperialismus hemmungslos ausgeplündert werden und verarmen und so ihrer Bevölkerung kein Auskommen mehr bieten können. Oft genug werden sie in ihrer Heimat wegen ihres Kampfes gegen Ausplünderung und Unterdrückung verfolgt. Sie sind also sowieso schon Opfer der Verbrechen des Imperialismus. Zusätzlich werden sie in Westdeutschland durch extrem reaktionäre Ausländergesetze rechtlos gestellt und der Willkür und Schikane von Kapitalisten und ihrer staatlichen Ämter und Behörden ausgesetzt. Wenn sie in Westdeutschland für ihre berechtigten Forderungen eintreten und sich zum Kampf organisieren, wenn sie hier den Kampf um die Freiheit ihrer Heimatländer unterstützen, treten westdeutsche Polizei und bürgerliche Klassenjustiz in Aktion, oft in Verbindung mit ausländischen faschistischen Geheimdiensten wie dem persischen SAVAK. Kollegen werden verhaftet, monatelang in Gefängnissen eingekerkert, abgeschoben, in ihre faschistischen Heimatländer verschleppt.

Bereits im "Programmatischen Aufruf" vom April 74 hat die Rote Hilfe die Leitparolen zur Unterstützung unserer ausländischen Kollegen in Westdeutschland und Westberlin festgelegt:

KAMPF DEM ABSCHIEBUNGSTERROR GEGEN FORTSCHRITTLICHE AUSLÄNDER!

SOFORTIGES ASYLRECHT FÜR VERFOLGTE AUSLÄNDISCHE KOLLEGEN UND GENOSSEN!

HÄNDE WEG VON DEN REVOLUTIONÄREN UND FORTSCHRITTLICHEN AUSLÄNDISCHEN ORGANISATIONEN!

WEG MIT DEN REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZEN!

Von Anfang an war klar: Diesen Propaganda-Lösungen müssen Taten folgen! So wurde die Betreuung einer Anzahl inhaftierter ausländischer Genossen Subasi und Dayyeli, in Angriff genommen, so unterstützte die RH *M. Adrom im Kampf um politisches Asyl und einen Fremdenpass, so beteiligte

sich die RH an verschiedenen Kampagnen, zu denen revolutionäre ausländische Organisationen in Westdeutschland aufriefen, z.B. Kampagnen der CISNU, FRAP und ATÖF.

Jetzt gilt es vor allem über einzelne Kampagnen hinaus dauerhaft und breit unsere ausländischen Genossen und Freunde gegen politische Unterdrückung zu unterstützen. Es muß weiter Kontakt zu Inhaftierten hergestellt und vertieft werden, ihre materielle und moralische Unterstützung im Kampf muß dauerhaft sichergestellt werden, für jeden ausländischen Kollegen in Westdeutschland muß klar werden, daß die Rote Hilfe im Fall politischer Verfolgung durch den Klassenfeind an seiner Seite steht.

Eine alte Tradition der RH ist die politische Unterstützung politischer Gefangen

Unterstützung politischer Gefangener im Ausland. Besonders in Ländern, die unter dem (west)deutschen Imperialismus zu leiden haben. Diese Tradition müssen wir wieder aufleben lassen. In den zwanziger Jahren bewährte sich in diesem Zusammenhang besonders das Mittel von Patenschaften von Ortsgruppen, Untergruppen oder Freundesgruppen der RH für politische Gefangene im Ausland. Die Patenschaft bestand zum Einen in der regelmäßigen Unterstützung des Gefangenen und seiner Familie durch Spenden, Finanzierung von Rechtsanwält usw., zum Anderen in Briefen, Solidaritätsadressen, Aufklärung der Bevölkerung über das Schicksal des Gefangenen und seine Hintergründe.

So wurde über Ländergrenzen hinweg die lebendige Verbindung von politisch Verfolgten mit den werktätigen Massen geschaffen. Auch diese Tätigkeit - die Unterstützung Verfolgter im Ausland - hat die RH begonnen, durch Geldspenden an FRAP etwa, oder durch die Teilnahme am Kampf gegen die geplante Ermordung persischer Patrioten durch die Henker des Schah-Regimes.

Auch diese Tätigkeit gilt es zu verstärken. Hier muß die Tradition der Patenschaften wieder aufgenommen werden in engem Zusammenhang mit der Unterstützung verfolgter Ausländer hier.

In diesem Sinne ruft die Rote Hilfe alle ihre Mitglieder ihre Freunde und Sympathisanten auf: **VERSTÄRKEN WIR DIE TATKRÄFTIGE UNTERSTÜTZUNG UNSERER AUSLÄNDISCHEN KLASSENBRÜDER IN UNSEREM LAND UND IN IHREN HEIMATLÄNDERN!**

TRAGEN WIR DAZU BEI, GEGEN DIE GEMEINSAME NOT DER UNTERDRÜCKUNG DURCH DIE BOURGEOISIE EINE STARKE REVOLUTIONÄRE FRONT DER SOLIDARITÄT ZU SCHMIEDEN!

Aus aktuellem Anlaß gilt es besonders, unsere spanischen und türkischen Freunde und Genossen zu unterstützen. Nachstehend drucken wir Auszüge aus einem gemeinsamen Aufruf verschiedener Organisationen, auch der RH, zur Unterstützung des Generalstreiks der spanischen Werkstätigen, sowie einen Aufruf der ATÖF ab.



Aufruf zur Unterstützung der Komitees der nationalen Volkseinheit

In diesen Tagen durchlebt das spanische Volk Augenblicke der Entscheidung. Die Franco-Diktatur, die mit Hilfe Hitlers und Mussolinis errichtet wurde und heute vom Yankee-Imperialismus aufrechterhalten wird, steht vor dem schwierigen Problem einer Fortsetzung des Franco-Regimes ohne Franco.

35 Jahre Hungerlöhne, erschöpfende Arbeitstage von 12 bis 14 Stunden, Ruin der Landwirtschaft und Industrie, massive Arbeitslosigkeit und Emigration - 35 Jahre haben bewiesen, daß das alles ist, was eine faschistische Diktatur, die sich dem ausländischen Imperialismus verkauft hat, zu erreichen imstande ist. Um diese Situation aufrechtzuerhalten, wurde jede Art des staatlichen Terrors eingesetzt: Sämtliche politische Freiheiten sind abgeschafft, die Parteien werden verfolgt, ihre Mitglieder eingekerkert oder ermordet, Gewerkschaften existieren nicht und die Gewerkschafter müssen im Untergrund arbeiten, Streiks und Demonstrationen sind ebenfalls verboten. Zur Absicherung steht eine ganze Armee von Repressionstruppen bereit: Die Guardia Civil, die BPs (politische Polizei) und die bewaffnete Polizei („Graue“), die gemeinsam mit den Spezialeinheiten, „grüne Baskenmützen“ und der eigentlichen Armee jede beliebige Protestäußerung in Blut und Feuer ersticken sollen.

Weder die „demokratische Junta“ noch eine „liberale Monarchie“ unter Juan von Bourbon, noch eine offen faschistische unter Juan Carlos können für Spanien irgendetwas Gutes bringen, und das aus einem einfachen Grund: alle stützen sich auf die reaktionären Kasten, denen Spanien die Diktatur und das jetzige Chaos verdankt. Deshalb muß jeder ehrliche Versuch eines Wechsels, der für Spanien wirklich die Demokratie herbeiführen will, mindestens mit der Verjagung aller Faschisten und Landesverräter einhergehen, mit der Verjagung aller Kasten, Großgrundbesitzer, Aristokraten und der ganzen Oligarchie, die ihre Macht auf den Terror gestützt hat. Wenn Teile diese Oligarchie heute von „demokratischem Wechsel“ sprechen, so ganz sicher nicht, weil sie von heute auf morgen von Faschisten zu Demokraten geworden sind, sondern einzig und allein weil sie mit Schrecken sehen, wie ihre Macht in Auflösung begriffen ist und verzweifelt nach irgendeinem Manöver Ausschau halten, durch das sie ihre Privilegien retten können.

Nur die Einigkeit des ganzen spanischen Volkes, das so viele Jahre lang unterdrückt wurde, kann Spanien die Republik zurückbringen. Einzig eine Ordnung, die dem Volk wieder das Wort erteilt, das die landesverräterischen Generäle ihm 35 Jahre geraubt haben, kann einen wirklich demokratischen Umschwung garantieren.

Demgegenüber von Koalitionsregierungen mit den Faschisten und Mördern zu reden oder eine „Volksabstimmung“ nach 12 oder 18 Monaten einer solchen Koalitionsregierung vorzuschlagen usw. usw. (wie es die „demokratische Junta“ unter Carrillo tut), bedeutet nichts anderes als einem Regime, das mitten in einer ansteigenden mächtigen Volksbewegung mit dem Ertrinken

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

sowie durch andere Aktionen hat die RHD zur Solidarität mit den politischen Gefangenen aufgerufen.

DIESE AUFGABE - DIE UNTERSTÜTZUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN - HAT HEUTE UM NICHTS AN AKTUALITÄT VERLOREN!

Deshalb hat die RH eine breite Kampagne zur Unterstützung des Hungerstreiks durchgeführt. Bundesweit wurde die Hungerstreikerklärung der Gefangenen und Solidaritätsaufrufe der RH verteilt. In Hamburg, Westberlin und Wiesbaden wurden gemeinsam mit der KPD/ML und den Komitees gegen die Folter an politischen Gefangenen in der Deutschen Bundesrepublik Demonstrationen durchgeführt. In zahlreichen Städten wurden Veranstaltungen und Kundgebungen durchgeführt, tausende Menschen wurden durch die Agitation und Propaganda der RH angesprochen, Wandzeitungen wurden geklebt, Parolen gemalt, etliche hundert Unterschriften unter eine Protestresolution gesammelt.

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen, der Kampf der RH, das Anwachsen der Solidaritätsbewegung hat die Bourgeoisie an einer empfindlichen Stelle getroffen. Deshalb verfolgt sie die Solidaritätsaktionen.

- Die Hungerstreikerklärung der politischen Gefangenen hier von der Hamburger Staatsanwaltschaft für beschlagnahmt erklärt.
- der Genosse Karl-Heinrich wird in der Frankfurter Paulskirche festgenommen, als er die Hungerstreikerklärung öffentlich verlesen will. Er sitzt seit über einer Woche in Untersuchungshaft. Vorgeworfen wird ihm "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung", "Verunglimpfung des Staates"
- In Westberlin wird ein gemeinsames Flugblatt der RH, der KPD/ML und des Komitees gegen die Folter an politischen Gefangenen in der DBR beschlagnahmt.
- 10 politische Gefangene wurden aus dem Hamburger Untersuchungsgefängnis verlegt, nachdem eine Demo der RH dorthin stattgefunden hat.

ATÖF...

Fortsetzung von Seite 2

Himmet Subasi (seit 11 Monaten in U-Haft), Yildirim Dagveli (seit 8 Monaten in U-Haft), Ömar Özerturgut, Yustafa Tutkun, Hatice Yutdas, Yüksel Ugurlu (seit 5 Monaten in U-Haft), zuletzt Baha Targün (seit 1,5 Monaten in U-Haft) befinden sich alle in strenger Einzelhaft und werden von anderen Häftlingen isoliert. Mit der Begründung, "die Untersuchungen dauern an" verlängert man die Haftdauer.

Solidarisiert euch mit den verhafteten Patrioten aus der Türkei!

Fordert mit uns: SOFORTIGE FREILASSUNG ALLER VERHAFTETEN PATRIOTEN AUS DER TÜRKEI!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

(Die Rote Hilfe steht in Kontakt mit den Genossen, sie befinden sich z. Zt. nicht in Isolierhaft)

Zwangsernährung und Trinkwasserentzug - kein Mordversuch kann den Hungerstreik brechen!

Genauso wie es der Bourgeoisie nicht gelungen ist, die Solidarität mit den politischen Gefangenen zu verhindern, ist es ihr auch nicht gelungen, die Revolutionäre in den Gefängnissen - wie es ihr am liebsten wäre - klammheimlich fertigzumachen.



Genossin Monika Berberich von der Vernichtungshaft gezeichnet, aber ungebrochen!

Auf jeden Angriff der Bourgeoisie hat die RH und andere Organisationen sofort und offensiv reagiert.

Bei 10 Genossen wurde Zwangsernährung angeordnet.

Zwangsernährung - das bedeutet Mordversuch!

Den Gefangenen wird ein Schlauch, im Umfang kaum dünner als die Speiseröhre, gewaltsam eingeführt. Dabei kann es sehr leicht zu lebensgefährlichen Verletzungen kommen. Bei dem Genossen Baader wurde im letzten Hungerstreik Zwangsernährung durchgeführt, dabei wurden ihm schwere Verletzungen am Magen eingang und an der Speiseröhre zugefügt.

Auf diese Weise wurde in London der ebenfalls Hungerstreikende irische Revolutionär Michael Gaughan umgebracht.

Aber auch durch die Zwangsernährung konnte der Hungerstreik nicht gebrochen werden.

Als Mordversuch muß man es bezeichnen, wenn den Gefangenen das Trinkwasser entzogen wird. Trinkwasserentzug - das bedeutet den sicheren Tod nach 13 - 15 Tagen. Schon vorher geschwächt durch Isolierfolter und miserablen Haftbedingungen ist bei den meis-

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 3

kämpft, Rettungsringe zuzuwerfen. Das spanische Volk muß heute die Entscheidung fällen - und selbstverständlich wird es in keinerlei Koalitionsregierung mit seinen eigenen Henkern zusammenarbeiten.

In diesem Sinne bedeutet die Initiative der FRAP (Revolutionäre antifaschistische und patriotische Front), mit jedem Individuum und jeder Organisation, die die Republik wollen, KOMITEES DER VOLKSEINHEIT (Comites de Union Popular) zu schaffen, einen großen Erfolg im Sinne der Einheit und der Revolution. Sie stehen im Dienste der revolutionären Front des Volkes gegen alle Manöver der faschistischen Oligarchie. Das beweisen auch die drei Programmpunkte dieser Komitees:

1. Gegen die Monarchie und alle Manöver, das Regime fortzusetzen, für die Republik und die nationale Unabhängigkeit.
2. Für die Befreiung der politischen Gefangenen und die Rückkehr der Verbannten;
3. Dem Volk muß das Wort erteilt werden.

Dabei setzt die FRAP den Kampf für ihre programmatischen sechs Punkte fort:

1. Durch den revolutionären Kampf soll der Faschismus zerstört und der US-Imperialismus verjagt werden.
2. Die Errichtung einer Föderativen Volksrepublik, die die demokratischen Rechte für das Volk und die Rechte der nationalen Minderheiten garantiert.
3. Verstaatlichung des ausländischen Monopolbesitzes und Enteignung des Besitzes der Oligarchie;
4. Tiefgreifende Agrarreform auf der Grundlage der Enteignung des Großgrundbesitzes;
5. Zerstörung der Reste des spanischen Kolonialismus;
6. Bildung einer Armee im Dienste des Volkes;

Sie geht davon aus, daß die Spanische Republik notwendig eine Volksrepublik auf föderativer Basis sein muß, aber sie meint, daß der Kampf für die Republik augenblicklich den Angelpunkt für die revolutionäre Einheit darstellt.

Außerdem hat die FRAP, in Ausnützung der Krisenlage der Diktatur und im Bewußtsein der politischen Bedeutsamkeit des gegenwärtigen Moments für diesen Herbst die Lösung eines Revolutionären Generalstreiks ausgegeben. Baustellen, Fabriken, Dörfer und Universitäten Spaniens werden durch ihren revolutionären Kampf die einzig mögliche Antwort auf die Errichtung der Monarchie oder jede andere „Lösung“, die hinter dem Rücken des Volkes ausgehandelt wird, geben. Mit diesem Generalstreik wird das Volk seine feste Entschlossenheit bekunden, eine Republik zu erkämpfen. Wie sich die Lage dann entwickeln wird, läßt sich heute nur schwer voraussagen. Sicher ist jedoch schon jetzt, daß das spanische Volk sich massiv und voller Elan an diesem großen Kampf gegen die Diktatur beteiligen wird.

Wir fortschrittlichen Deutschen und Ausländer in der Bundesrepublik haben gegenüber dem spanischen Volk wie gegenüber allen unterdrückten Völkern eine große Verpflichtung, die im Falle Spaniens umso größer ist, als der spanische Faschismus im Unterschied zu anderen faschistischen Regimen über dem Blut von Antifaschisten aller Länder an die Macht gekommen ist und konkret über dem Blut von tausenden deutschen Landsleuten, die ihr Leben im Kampf der Internationalen Brigaden im spanischen Krieg geopfert haben.

Hinzu kommt, daß wir den gleichen Gegnern gegenüberstehen: denn einerseits sind viele der ausländischen Konzerne, die Spanien ausbeuten, westdeutscher Herkunft, wie die Riesengesellschaften Mannesmann, Bayer, Krupp... usw.; unsere eigenen Ausbeuter haben ihre Krallen auch nach Spanien ausgestreckt. Andererseits erstreckt der Yankee-Imperialismus, der wahre Herr in Spanien, seine Macht auch auf unser Land und seine Truppen marschieren täglich über unsere Straßen.

Deshalb ist es notwendig, daß wir unsere Stimmen gemeinsam mit denen der spanischen Emigranten in unserem Lande erheben zur Unterstützung der Stimmen, die in Spanien die Freiheit für das Volk fordern.

Die unterzeichneten Organisationen unterstützen gemeinsam mit der FRAP den Revolutionären Generalstreik in Spanien. Wir rufen alle auf, den Kampf des spanischen Volkes für die Republik zu unterstützen und die Weltfront gegen den Imperialismus mit dem US-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus an der Spitze zu stärken. Deshalb müssen wir Demonstrationen, Versammlungen, Diskussionen, Geldsammlungen, Solidaritätsaktionen und revolutionäre Kämpfe organisieren.

ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

FÜR EINE FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK IN SPANIEN!

ES LEBE DIE ANTIFASCHISTISCHE UND ANTIIMPERIALISTISCHE EINHEIT DER VÖLKER DER GANZEN WELT!

FRAP; Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes; FIS (Föderation Iranischer Studenten); OGML (Organisation griechischer Marxisten-Leninisten); CUPLA; KPD/ML; ROTE GARDE; KSB/ML; ROTE HILFE DEUTSCHLANDS; ESG; Liga gegen den Imperialismus; KPD; KJV; KSV; KOV; ROTE HILFE; ML Duisburg; Kommunistische Initiative Köln.

Fortsetzung von Seite 4

ten Genossen der Gesundheitszustand sehr schlecht. Im geschwächten Zustand aber tritt der Tod bei Trinkwasserentzug bereits nach 4 - 5 Tagen ein. Dem Genossen Ronald Augustin wurde am Donnerstag, dem 17.10., das Trinkwasser entzogen! Gegen diesen Mordanschlag wurde sofort der Kampf aufgenommen. Alle übrigen politischen Gefangenen haben sofort das Trinkwasser verweigert. Pausenlos wurde im Landgericht in Osnabrück und bei der zuständigen

Nur eine einheitliche revolutionäre Solidaritätsfront kämpft die politischen Gefangenen frei!

Bestmögliche Unterstützung hat die RH und somit auch die politischen Gefangenen durch die KPD/ML erfahren. Sie hat mit zu den Demos aufgerufen, Grußadressen auf unseren Veranstaltungen verlesen, unsere Arbeit unterstützt, selbst ein Flugblatt zur Unterstützung des Hungerstreiks verteilt, sie hat die Erklärung der Gefangenen zum Hungerstreik in ihrer Zeitung, dem ROTEN MORGEN abgedruckt. Die Solidaritätsfront wurde durch die Zusammenarbeit mit den Komitees gegen die Folter an politischen Gefangenen in der DBR gestärkt. Einige der Komitees aber müssen wir darauf hinweisen, daß sie ihre Aktionen besser vorbereiten müssen, daß sie ihre Arbeit nicht darauf beschränken dürfen, 'Spektakuläre Aktionen' durchzuführen und fortschrittliche Intellektuelle zum Protest aufzurufen - daß sie stattdessen mehr Wert auf die geduldige Kleinarbeit unter den Werktätigen Massen legen müssen. Denn die beste Unterstützung für die politischen Gefangenen liegt darin, die starke Solidaritätsfront unter den Werktätigen gemeinsam mit der RH aufzubauen.

Dem Hungerstreik und der Solidaritätsfront geschadet hat durch ihr Verhalten die Spalterorganisation "RH e. V.". Sie hat zwar scheinheilig erklärt, daß sie solidarisch sei, mit dem Hungerstreik, aber in Wort und Tat hat sie - genau wie ihre Ziehmutter GRF - daß genaue Gegenteil bewie-

Stelle im Justizministerium angerufen und gefordert, den Trinkwasserentzug sofort aufzuheben.

DER MORDVERSUCH DURCH TRINKWASSER-ENTZUG WURDE INNERHALB VON 12 STUNDEN ERFOLGREICH ZURÜCKGESCHLAGEN!

Schon Freitag mittag hatte der Kampf Erfolg. Ronald Augustin mußte wieder Trinkwasser zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein guter Erfolg! Jetzt heißt es den Kampf fortzusetzen bis unsere Forderungen erfüllt sind.

sen. Die Gefangenen Mahler, Kunzelmann und Boudé, Mitglieder der "RH e. V.", haben sich nicht am Hungerstreik beteiligt - darüberhinaus führt die e. V. ge-

rade jetzt eine Kampagne zur Freilassung von Kunzelmann durch. Das bedeutet Zersplitterung der Kräfte und Sabotage am Hungerstreik. Die e.V. verleumdet den Kampf der Genossen der "RAF", indem sie sie als außerhalb der revolutionären Bewegung stehend bezeichnet. (siehe Kommentar der Redaktion) Die Genossen der "RAF" haben mutig gewaltsam gegen den Imperialismus gekämpft und ihm Schläge versetzt. Das hat den Werktätigen in ihrem Befreiungskampf genützt, denn es hat ihrem Todfeind geschadet.

Die RH ist der Ansicht, daß man sich in jedem Kampf auf die gewaltige Kraft der Massen stützen muß. Daß das die "RAF" nicht sieht, kritisieren wir. Wir teilen nicht die Ansicht der Genossen, daß es "mehr Resignation, Lethargie, Depressionen, Agonie, mehr Kranke und Selbstmörder, mehr Leute gibt, die sich hinlegen und sterben, weil man in diesem System nicht mehr leben kann, als aufstehen und kämpfen." (Aus dem 'Aktionsprogramm für den Kampf um die politischen Rechte der gefangenen Arbeiter')

Nein, im Gegenteil die RH sieht, daß die Kämpfe der Werktätigen heute wieder an Qualität und Quantität zunehmen, in unserer Arbeit erleben wir immer wieder, wie bereitwillig zur Solidarität viele Werktätige sind. Wir lehnen jede Verachtung der Massen ab.

Die Hauptsache ist aber, daß die Genossen Revolutionäre und für die Massen gekämpft haben. Deshalb ruft die RH alle fortschrittlichen Menschen und die Mitglieder der "RH e.V." auf, den Kampf der politischen Gefangenen zu unterstützen, bis die Vernichtungshaft aufgehoben ist.

Unterschreibt die Protestresolution!

Unterstützt die Aktionen der RH!

Spendet zur Unterstützung der Arbeit der RH!

Kämpft mit und in der RH gegen die Isolier- und Vernichtungshaft!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!



SOLIDARITÄT MIT DEM HUNGERSTREIK DER POLITISCHEN GEFANGENEN

SCHLUSS MIT DER SONDERBEHANDLUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN

KAMPF DER ISOLATIONSFOLTER

FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN AUS DER RAF

DEMONSTRATION: Hamburg Samstag, den 21.9.74 Treffpunkt 10.00 Karl-Laggen-Platz Abmarsch 10.30 Uhr	VERANSTALTUNG: Rote Hilfe Lübeck Freitag, den 20.9.74 um 19 Uhr im TuHerschaftshaus In der Hauer 55a
--	---

rote hilfe Komitee gegen Isolationsfolter KPD/ML

Hungerstreikerklärung: der Gefangenen der RAF

Wer seine Lage erkannt hat - wie soll der aufzuhalten sein?

Das ist unser dritter Hungerstreik gegen Sonderbehandlung, gegen die Vernichtungshaft an politischen Gefangenen in den Gefängnissen der Bundesrepublik und Westberlins. Isolation ist mit neuer Technologie die alte Sache des Imperialismus, Entlösung durch Sonderbehandlung von damals zu lebensunwertem, heute (in der Terminologie der Bullen) grundrechtsunwertem Leben erklärtes Minderheiten, jetzt: der politischen Gefangenen.

Widerstand gegen die Vernichtungshaft, die Sonderbehandlung, heißt:

Widerstand gegen:
- Entmenschung durch soziale Isolation über Jahre;
- Gehirnwäsche durch sensorische Deprivation in Toten Trakts - seit Anfang Mai sitzt Ronald Augustin im Toten Trakt des Gefängnisses in Hannover.
- Die neuen camera-silence-Zellen mit Dauerhitze und Dauerton und TV-Überwachung nach dem Modell des Hamburger DFG-Forschungsprojekts in Berlin-Tegel, Berlin-Lehrterstraße, Bruchsal, Essen, Köln, Straubing;
- Verschleppung bei jedem Versuch, die totale Isolation durch Zurufe zu anderen Gefangenen zu durchbrechen, in die;

Bunker in Berlin-Moabit
Bunker in Bruchsal
Bunker in Essen
Bunker in Straubing
Bunker in Preungheim
Bunker in Fuhlsbüttel
Bunker in Mannheim
in die schalltote, TV-überwachte Glocke im UG-Hamburg,

darin tagelang eingeschallt.
- Mordversuche durch Wasserentzug bei Hungerstreiks in Schwelmstadt, München, Hamburg, Köln;
- Konzentrationstrakts für politische Gefangene in Lübeck, Stuttgart, Berlin;
- Fesselung beim Hofgang in Hamburg und Lübeck;

- Seit zweieinhalb Jahren Unterbringung in Spezialzellen in Köln-Ossendorf unmittelbar neben den zwei Hauptdurchgangstüren des Knasts - nie Ruhe; dasselbe in Berlin-Moabit;
- Psychiatrisierungsversuche und die Anwendung und Drohung von und mit Zwangsmarkotisierung für Ermittlungszwecke;
- Sprechzellen mit Trennscheiben für Verteidigerbesuche, in denen menschliche, d.h. politische Kommunikation, unmöglich ist - in Hannover, Stuttgart, und Straubing.

- Periodische Beschlagnehmung des gesamten Materials zur Vorbereitung der Verteidigung - Aufzeichnungen und Post - durch die Sicherungsgruppe Bonn - Abteilung Staatsschutz;

- punktuelle Lockerung der Isolation immer nur dann, um Gefangene, die im Zugriff der Polizei sind, als Spitzel und

- Diffamierung und Kriminalisierung der Verteidiger der politischen Gefangenen;

- Aktenunterschlagung und Aktenmanipulation durch das Bundeskriminalamt.
Zeugen für die Prozesse aufzubauen: so in Köln-Ossendorf, wo Jan Raspe seit April den angebotenen Hofgang ablehnt, weil der, an dem er teilnehmen könnte, der des Transporthauses ist, mit täglich wechselnden, auswechselbaren Gefangenen - einer Pluktuatation - in der weder Kommunikation noch Orientierung möglich ist. Bei bisher allen als Ausnahme-regelung möglichen Gefangenenkontakten stellte sich raus, daß es von den Bullen (Sicherungsgruppe) organisierte und kontrollierte Kontakte waren.
- Terrorisierung der Verwandten

mit Durchsuchung, Bespitzelung, Beschimpfung und Observation vor und nach den Besuchen, um sie unter Druck zu setzen, auf die Gefangenen im Sinne der Bullen einzuwirken.

Der Hungerstreik ist unsere einzige Möglichkeit zu kollektivem Widerstand gegen den Schweinevöllzug, gegen die Counterstrategie des Imperialismus, gefangene Revolutionäre und Gefangene, die im Gefängnis angefangen haben, sich organisiert zu wehren, psychisch und physisch, das heißt politisch zu vernichten. Unsere einzige Möglichkeit, entwaffnet, gefangen, isoliert - unsere Arbeitskraft, unsere Physischen und geistigen Kräfte, unsere Identität als Menschen einzusetzen, um den Stein, den der Staat der herachenden Klasse gegen uns aufgehoben hat, ihm auf seine eigenen Füße fallen zu lassen. Kampf ist - aus Schwäche Stärke machen.

Isolation ist die Waffe des Vollzugs gegen alle Gefangenen, die entschlossen sind, sich im Gefängnis nicht vernichten zu lassen, das Menschenexperiment, die Gehirnwäsche, das Programm des imperialistischen Vollzugs zu bekämpfen, sie werden isoliert, um Politisierung, Widerstand im Gefängnis überhaupt zu liquidieren - um alle anderen Gefangenen,

die noch nicht durchblicken, obwohl sie leiden und eigentumslos sind wie wir und nichts mehr zu verlieren haben als ihre Ketten, umso totaler einseifen zu können.

Wir fordern alle isolierten Gefangenen auf, mit uns die Isolation zu bekämpfen.

Die Abschaffung der Isolation ist die Bedingung, die wir uns erkämpfen müssen, wenn Selbstorganisation der Gefangenen, wenn revolutionäre Politik, wenn Befreiungskampf im Gefängnis überhaupt eine realistische Möglichkeit von proletarischer Gegengewalt werden soll - im Rahmen der Klassenkämpfe hier, im Rahmen der Befreiungskämpfe der Völker der dritten (...) Welt, im Rahmen von proletarischem Internationalismus, im Rahmen einer antimperialistischen Befreiungs- und Einheitsfront in den Gefängnissen und Kriegsgefangenenlagern der vom Imperialismus beherrschten Teile der Welt.

ALLE MACHT DEM VOLK DURCH EROBERUNG DER GEWALT! FREIHEIT DURCH BEWAFFNETEN, ANTIMPERIALISTISCHEN KAMPF!

13.9.74

die Gefangenen der RAF

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ !

Terrorurteile gegen K. Kercher und H. Baron !

Am 18. 10. gingen die Prozesse gegen die beiden KPD/ML Genossen mit Terrorurteilen von je 16 Monaten Gefängnis zuende. Der Rote Morgen berichtete in seiner Ausgabe 42/74 vom 19. 10. über den Prozeß gegen Genossen Baron:

Am 8.10. begann in München der Berufsprozeß gegen den Genossen Heinz Baron, der wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 in erster Instanz zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Zum ersten Prozeßtag war außer zahlreichen Genossen auch eine Schulklasse erschienen. Alle Zuschauer wurden nach Waffen durchsucht. Die Genossin Karin Wagner, die als Vertreterin des Roten Morgen am Prozeß teilnehmen wollte, wurde, obwohl sie eine entsprechende Legitimation des Verlages vorwies, zunächst nicht in den Verhandlungssaal gelassen, weil sie einen Blumenstrauß für den Genossen Heinz Baron bei sich hatte. Aber als ein Genosse während der Verhandlung aufstand und die Tatsache, daß der Rote Morgen bei

diesem Prozeß ausgeschlossen war, anprangerte, sah sich der Richter gezwungen, die Genossin Wagner in den Verhandlungssaal zu lassen. Die Genossin wurde mit Beifall begrüßt.

Genosse Heinz gab zu Beginn des Prozesses eine Erklärung ab, in der er die Bedeutung des Kampfes gegen den Militarismus und den imperialistischen Krieg hervorhob und unterstrich, daß die Demonstration zum Roten Antikriegstag in München ein großer Sieg der Antimilitaristen war, die unter der Führung der KPD/ML die olympische Friedensliege

entlarvt und sich das Recht auf die freie Straße erkämpft hatten.

Anschließend wurden die Polizeizeugen verhört, die sich fortlaufend in Widersprüche verwickelten. Sie konnten sich weder über die Kleidung, die Genosse Heinz am 2. September 72 trug, einigen, noch über den Zeitpunkt und den genauen Ort, an dem Genosse Baron laut Anklage einen Polizisten getre-

ten haben soll. Einmal wurde behauptet, Genosse Heinz habe am Boden liegend nach dem Polizisten getreten, ein anderer meinte, er habe doch wohl gestanden. Es war offensichtlich, daß hier gelogen wurde, wenn auch schlecht.

Der Antrag der Verteidiger, in alle Akten zu den Roten Antikriegstags-Prozessen Einblick zu bekommen, wurde abgelehnt.

Am zweiten Prozeßtag wurden Filme über den Roten Antikriegstag gezeigt. In einer anschließenden Erklärung stellte Genosse Heinz Baron fest, daß die Filme deutlich zeigen würden, daß die Demonstration von der Bevölkerung mit Interesse und Sympathie aufgenommen worden sei. Niemand auf dem Film habe angesichts dieser kämpferischen Demonstration Angst gezeigt. Der Film beweise, daß der Terror gegen die Bevölkerung ausschließlich von der Polizei ausgeht worden sei. Das würden auch die Polizeimorde an dem Genossen Günter Routhier und dem Münchner Taxifahrer Günther Jendrian beweisen. Bei der Nennung des Namens Günther Jendrian fuhr der Staatsanwalt in die Höhe. Er hatte den

Einsatz, bei dem Günther Jendrian erschossen wurde, geleitet. Der Staatsanwalt verlangte, daß die Ausführungen des Genossen Baron in diesem Punkt wörtlich ins Protokoll aufgenommen wurden. Offensichtlich bereitet er bereits eine neue Anklage gegen den Genossen vor.

Es wurde vom Genossen Baron der Beweisanspruch gestellt, daß es richtig und angesichts des verschärften Polizeiterrors, des immer offeneren Auftretens der Polizei auch notwendig sei, Helme zu tragen. Nach einer Beratung erklärte das Gericht den Inhalt dieses Beweisanspruches zum „Nichtatbestand“ der Verhandlung und lehnte ihn ab.

Am 15.10. wird der Prozeß mit einem Lokaltermin am Karlsruher, wo die Antikriegstagsdemonstration 1972 die Polizeiketten durchbrochen hatte, fortgesetzt. Dabei werden Genosse Heinz und die Verteidigung nachweisen, daß die Polizeizeugen den von ihnen in verschiedenen Variationen geschilderten Vorgang schon von den örtlichen Gegebenheiten her so gar nicht beobachtet haben konnten.



Der Lokaltermin ergab in der Tat, daß die Aussagen der Polizeizeugen nicht stimmen konnten. Das Gericht war in einer Zwangslage. Es half sich durch einen Trick. Die Beweisaufnahme wurde am 18. 10. vor der Urteilsverkündung erneut eröffnet. Das Gericht gab den Polizeizeugen Gelegenheit ihre vorherigen Aussagen darüber, wo sie gestanden haben wollten, zu widerrufen und zu erklären, sie wüßten das nicht mehr so genau. Durch diesen Trick "rettete" das Gericht diese Zeugen für die Anklage. Deutlicher konnte es kaum mehr beweisen, daß das Urteil längst vor den Prozeß feststand und die ganze "Beweisaufnahme" eine Farce war.

Zum Prozeß gegen Genossen Kercher schreibt die RH München in einem Flugblatt:

"Der Prozeß gegen Klaus Kercher ist eines der Beispiele wie die Klassenjustiz gegen Kommunisten und fortschrittliche Menschen vorgeht. Klaus wird am 30.9. verhaftet, mit den Greifermethoden der Gestapo von der Straße weg wird er verhaftet, darf seinen Anwalt nicht anrufen, drei Tage nach seiner Verhaftung findet der Prozeß statt, er erfährt einen Tag vorher von dem Termin! Die ihn bisher verteidigende Anwaltskanzlei erfährt überhaupt nichts von dem ersten Prozeßtag. Klaus wird in Haft gehalten, weil er "Keine soziale Bindung" habe: Er hat aber Arbeit (von der er jetzt durch die Haft getrennt ist) und festen Wohnsitz. Der Prozeß sollte schnell, still und heimlich über die Bühne gehen. Ohne Öffentlichkeit, ohne Verteidigung. Die Rote Hilfe wird helfen, das zu verhindern."

Die RH rief auf: "Kommt alle zum Prozeß! Jeder der kommt ist wichtig!" Über den ersten Prozeßtag schrieben die Genossen:

"Klaus Kercher greift das Gericht, den bürgerlichen Staat an. Er läßt sich an Handschellen ins Gericht geführt, nicht einschüchtern. Er weiß, daß wir hinter ihm stehn. Der Verteidigerantrag auf Vertagung wegen der massiven Versuche, die Verteidigung zu verhindern wird vom Richter mit dem zynischen Hinweis auf seine "Fürsorgepflicht" abgelehnt. Er will damit sagen: Entweder Genosse Kercher verteidigt sich und bleibt damit länger in Haft oder er wird im Schnellverfahren

abgeurteilt! Und auf eine Verurteilung hat sich Richter Hauenstein schon längst festgelegt... Aus allen diesen Gründen bringt die Verteidigung einen Ablehnungsantrag gegen den Richter ein, am zweiten Prozeßtag. Natürlich wird ihm trotzdem der Persilschein des "unbefangenen Richters" ausgestellt. Dieser saubere Richter hält auch die Haft weiter aufrecht, obwohl er selbst bereits früher festgestellt hatte, daß keine Fluchtgefahr bestehe! Der Staatsanwalt ist so unverschämt, den Anwalt des Genossen Klaus anzugreifen. Sein Antrag auf Richterablenkung sei "frivol", "nicht standesgemäß". Diese frechen Angriffe gegen die Verteidigung stehen in einer Reihe mit der durch die Bourgeoisie betriebenen Kriminalisierung fort-

schriftlicher Rechtsanwälte. Mit allen Mitteln versucht die Bourgeoisie den Genossen in der Haft zu isolieren: Besuche werden nicht erlaubt Bücher nicht weitergegeben." Die RH München rief die Bevölkerung auf, Klaus Kercher nach Kräften zu unterstützen: "Ruft im Amtsgericht an, beschwert Euch! Geht zu Hauenstein! Versucht Bücher abzugeben! Laßt sie Euch schriftlich quittieren! Versucht Besuchserlaubnis zu bekommen! Schreibt an Klaus Kercher!"

Auch Genosse Kercher wurde inzwischen verurteilt. Zu 16 Monaten ohne Bewährung!

Schluß mit den Terrorprozessen!
FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Gießen : die bürgerliche Klassenjustiz spricht GESTAPO-Verbrecher frei !

Anfang September begann in Gießen der "größte Schwurgerichtsprozeß nach den Kriegen". Er hat nicht lange gedauert. 9 ehemalige Gestapo-Angehörige mußte die bürgerliche Justiz wegen der Ermordung von mehreren hundert polnischen Juden in den Jahren 1940 bis 44 vor Gericht stellen. Der Prozeß lief folgendermaßen ab: Die beiden Hauptangeklagten, der 64 jährige Oberregierungsrat und SS-Sturmbannführer Friedrich Schulz und der 66 jährige ehemalige Oberregierungsrat und SS Obersturmbannführer Harmut Pulmer wurden gleich am ersten Tag auf "kaltem Wege" freigesprochen. Das Verfahren gegen diese faschistischen Verbrecher wurde wegen angeblicher Verhandlungsunfähigkeit eingestellt. Während des ersten Verhandlungstages war ständig eine Ärztin und zwei DRK-Helfer bereit. Vor dem Gerichtsgebäude stand den ganzen Tag ein Notarzwagen. Für dieses Verbrecherpack kann die bürgerliche Klassenjustiz nicht genügend Vorsorge treffen. Bei den anderen Angeklagten - ein Werkschutzleiter, ein Verlagskaufmann, ein Psychologe, Polizeihauptwachmeister, Kripo-Hauptmeister, Kriminalsekretär... ging man anders vor. Die Herde der Rechtsanwälte fand flugs einige "Verfahrensfehler", und das Verfahren ist vorläufig

eingestellt worden. Man erkennt ganz klar an diesem und an anderen Beispielen, die die Rote Hilfe in dieser Zeitung bringt, daß die bürgerliche Klassenjustiz zwei Aufgaben hat: Die Erste ist Unterdrückung des Volkes und die Zweite Aufgabe ist es, die Mitglieder der Unterdrückungsinstitutionen und Terrororgane der Bourgeoisie vor Diskreditierung zu schützen. Verbrechen der herrschenden Klasse werden von der bürgerlichen Klassenjustiz als "Kavaliersdelikte" behandelt.

IMPRESSUM:

verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes

M. Banos

46 Dortmund,

Kesselstr. 31

Druck:

Neuer Arbeiterverlag GmbH,
1 Berlin 36

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ !

Freispruch für die Kölner Antifaschisten!

Seit Montag, den 7. Oktober, stehen 7 Antifaschisten und Kommunisten unter der Anklage des schweren Landfriedensbruchs, der Afforderung zu strafbaren Handlungen, der Körperverletzung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt vor der ersten großen Strafkammer des Landgerichts Köln. Mit einem Riesenaufwand - allein 9 Termine sind bis jetzt angesetzt - versucht das Gericht die revolutionären und antifaschistischen Kämpfer abzuurteilen. Im November letzten Jahres wurde im Arbeiterviertel Köln-Nippes ein Informationsstand der NPD/Faschisten mit revolutionärer Gewalt zerschlagen, die Flugblätter zerrissen, die Faschis-

ten mit Prügel davongejagt. 14 Tage später bauten sie dort wieder einen Stand auf. Diesmal unter Polizeischutz. Die Genossen ließen sich jedoch auch davon nicht abhalten und zerschlugen den Stand trotz Eingreifens der Polizei erneut. Wieder wurde verhindert, daß die Nazis ihr braunes Gift verspritzen konnten. Beim Eingreifen der Polizei wurden sieben Genossen festgenommen. Gegen sie läuft jetzt der Prozeß.

Die Anklage lautet auf die oben genannten Punkte, in Wirklichkeit aber sind sie angeklagt, weil sie zusammen mit anderen Genossen und mit Unterstützung der Bevölkerung revolutionär gegen die Faschisten gekämpft haben.

Heute haben wir zwar keinen Faschismus, aber angesichts der verschärften Klassenauseinandersetzungen treibt die Bourgeoisie über ihren Staatsapparat die Faschisierung unter verstärktem Einsatz ihrer Terrorinstrumente ständig voran.

Die D"K"P hat sich in Köln wieder einmal mehr als Verräterpartei erwiesen. Die D"K"P-Führer standen grinsend dabei, als die Bullen auf die Antifaschisten einprügelten. Am nächsten Tag gab sie eine Presseerklärung ab in der sie darlegte, daß sie mit den Vorfällen "nichts zu tun" hätte, sie gipfelte in dem Satz: "Wir prügeln nicht, wir überzeugen!" Das heißt also, daß sie mit den schlimmsten Verbrechern gegen die Arbeiterklasse diskutieren wollen, während sie Kommunisten und andere Antifaschisten als Schläger diffamieren. Jetzt werden diese Genossen vor die bürgerliche Klassenjustiz gezerrt. Den Vorsitz im Prozeß führt der berüchtigte Richter Somoskeoy, der bekannt wurde, als er im Prozeß gegen Beate Klarsfeld die Polizei auf französische Widerstandskämpfer gegen den Hitlerfaschismus hetzte.

Die Genossen bekamen von ihm Pflichtverteidiger aufgezwungen, die sie bespitzeln sollten und ihnen ihre Verteidigung erschweren sollten. Diese "Pflichtverteidiger" beantragten außerdem gemeinsam mit Richter Somoskeoy Ordnungsstrafen gegen die Genossen. Dem mutigen Kampf der Genossen und der Zuschauer für ihren Freispruch beantwortete das bürgerliche Klassengericht schon an den ersten beiden Verhandlungstagen damit, daß es insgesamt 51 Tage als Ordnungsstrafe verhängte. Sieben Zuschauer wurden für je drei Tage ins Gefängnis geschickt, als sie in Parolen den Freispruch der Angeklagten forderten.

Nachdem ein Angeklagter eine Erklärung dafür verlangte, warum die Zwangsverteidiger nicht entlassen würden, bekam er als Antwort drei Tage Ordnungsstrafe. Empört über diesen Terror protestierten die Zuschauer. Eine Zuschauerin bezeichnete diese Strafe wahrheitsgemäß als Gesinnungsurteil und bekam 6 Tage Ordnungsstrafe. Vier weitere Zuschauer bekamen je drei Tage.

Um die Angeklagten einzuschüchtern und den Kampf der Zuschauer abzuwürgen schloß der Richter die Öffentlichkeit von der Verhandlung aus. Aber die Angeklagten wissen, daß die Arbeiter und anderen Werktätigen in Köln-Nippes auf ihrer Seite stehen.

Das beweist alleine schon eine Spendensammlung, bei der mehr als 400,- DM zusammenkamen, eine umfangreiche Unterschriftensammlung und die zahlreichen zustimmenden Kommentare aus der Bevölkerung.

**KÄMPFEN WIR MIT DEN ANGEKLAGTEN
GENOSSEN FÜR IHREN FREISPRUCH !
VERHINDERN WIR DIE GEHEIMJUSTIZ !**

TOD DEM FASCHISMUS

Am 24. 9. fand in der Marburger Stadthalle eine Veranstaltung des Faschisten Löwenthal statt. In mehreren Städten wie zum Beispiel in Darmstadt und Kassel sind derartige Veranstaltungen bereits erfolgreich von Revolutionären gestört und gesprengt worden. Dem entsprechend hatten sich die Faschisten vorbereitet. Um Löwenthal zu schützen, standen 160 Polizis-

ten hinter den Kulissen bereit, ein Wasserwerfer und weitere Polizisten warteten in der näheren Umgebung. In der Saal selbst hatten die Faschisten ungefähr 100 Ordner aufgestellt. Davon ließen sich die Revolutionäre nicht einschüchtern, bereits Löwenthals Vorredner Pachmann wurden antifaschistische Parolen und revolutionäre Lieder gegengeschleudert. Als Löwenthal



zum Reden ansetzte, erhoben sich alle Revolutionäre und Antifaschisten im Saal und forderten: "Löwenthal - aus dem Saal!" Dadurch fühlten sich die Faschisten natürlich bedroht. Vom Podium aus wurden einzelne Genossen denunziert, die faschistischen Ordner begannen tatsächlich zu werden.

Auf ein Kommando von der Bühne fing die Ordner an, den Saal zu räumen, sie wurden von der Polizei "hilfreich" unterstützt. Die staatlichen Prügel Schwinger schlugen brutal auf die Zuschauer ein. Fünf Leute wurden festgenommen, darunter eine ältere Frau. Die Empörung über diesen Knüppel Einsatz war so groß, daß die meisten Zuhörer den Saal verließen.

Vor der Stadthalle bildete sich ein spontaner Demonstrationzug zur Polizeiwache, der die Freilassung der Verhafteten forderte. Anschließend versammelten sich die Genossen in einer Kneipe, während sich die Rote Hilfe um einen Rechtsanwalt kümmerte. Die Rote Hilfe sammelte an diesem Abend fast 40 DM für fortschrittliche Rechtsanwältinnen.

An der Aktion beteiligten sich folgende Organisationen: KPD/ML, KSB/ML, KSV, KBW und die Rote Hilfe. Die D"K"P rief zu einer Gegenkundgebung auf dem Marktplatz (weit weg von der Stadthalle) auf, um die "offene Konfrontation" zu vermeiden das heißt, die Faschistenveranstaltung nicht zu stören.

Solidaritätskampagne

Zum Hungerstreik der politischen Gefangenen hat die Rote Hilfe in fast allen größeren Städten Westdeutschlands und in Westberlin durch Flugblätter, Informationsstände und Veranstaltungen das Schweigen der herrschenden Klasse durchbrochen, die Wahrheit über die Lage der politischen Gefangenen, über die Vernichtungshaft und die zu erwartenden Mordversuche durch Zwangs-ernährung und Trinkwasserentzug verbreitet und die Solidaritätsfront der Werktätigen organisiert. Veranstaltungen fanden in Lübeck, Hamburg, Bielefeld, Lage, Dortmund, Köln, Frankfurt, Mannheim, Reutlingen und München statt. Zu einer Veranstaltung des kurz zuvor gegründeten Initiativkomitees der RH Duisburg erschienen vierzig interessierte Kollegen und Freunde der Roten Hilfe. In Hamburg, Wiesbaden und Westberlin wurden von der Roten Hilfe zusammen mit der KPD/ML und den Komitees gegen die Isolationsfolter gemeinsame Demonstrationen zur Unterstützung der politischen Gefangenen durchgeführt:

Westberlin

Am Samstag dem 5. 10. fand in Westberlin-Moabit eine Demonstration gegen die Isolationsfolter statt, an der sich die Rote Hilfe, die KPD/ML und Rote Garde und das Komitee gegen Isolationsfolter beteiligten. Durch Beschlagnahme des gemeinsamen Flugblattes versuchte die Polizei, vom Anfang an die Demonstration zu behindern. Doch durch das geschlossene Auftreten der anwesenden Freunde und Genossen konnte diese Provokation zurückgeschlagen werden.

In der Woche vor dem 5. 10. wurden vor fast allen Westberliner Großbetrieben und in den Arbeiterbezirken 8000 Flugblätter der Aktionseinheit zur Solidarität mit den politischen Gefangenen und ihrem Hungerstreik verteilt. Auf einer Veranstaltung der "Roten" Hilfe eV konnten vor ca. 350 Anwesenden die Spaltungsmanöver dieser Organisation und der Gruppe Rote Fahne erfolgreich entlarvt

Hamburg

Am Samstag, dem 21.9. wurde in Hamburg von der Roten Hilfe, der KPD/ML und dem Komitee gegen Isolationsfolter eine gemeinsame Demonstration durchgeführt. Die RH Hamburg berichtet: "Auf dem Kundgebungsplatz versammelten sich 300 Menschen. Entlang der Demonstrationsroute waren gut Plakate geklebt. Auf dem Marsch durch das Einkaufszentrum in der Innenstadt machten wir mehrere Zwischenkundgebungen und riefen Parolen: Freiheit für alle politischen Gefangenen!" Hier standen Hunderte am Straßenrand, die der Demonstration interessiert zusahen. Der Zug ging dann weiter durch ein traditionsreiches Hamburger Arbeiterviertel. Hier hatten wir schon vor der Demonstration in jede Wohnung ein Flugblatt gesteckt und Hausbesuche gemacht. Fast alle Fenster öffneten sich und die Menschen hörten unserer Zwischenkundgebung zu. Viele Kollegen kamen auch auf die Straße, schlossen sich dem Zug auf den letzten Metern bis zum Untersuchungsgefängnis an.

In diesem Viertel, das direkt an das Untersuchungsgefängnis angrenzt, ist die Solidarität mit den politischen Gefangenen besonders zu spüren. Die Empörung wird genährt aus der lebendigen Erinnerung an die Tausende von Kommunistischen Arbeitern, die von den Faschisten ins UG geschickt wurden und oft für immer verschwanden. Hier ist der Haß auf die Gefängnisse der Bourgeoisie besonders groß. Haß schlug auch den Polizisten entgegen, von denen drei Mannschaftswagen den Schluß der Demonstration bildeten. Sogar die Kinder standen zusammen und riefen "Ihr Bullen müßt ja ganz schöne Angst haben"! Die Schlußkundgebung fand direkt vor dem Untersuchungsgefängnis statt, so daß ein ganzer Trakt, in dem auch politische Gefangene liegen, sie mithören konnte. Zunächst war der Platz aus "verkehrsmäßigen Gründen" verboten worden. Dann ist die Polizei aber doch zurückgewichen. Aber sie war trotzdem gut gerüstet. Wegen der 300 Demonstranten, hatten sie Hunderte von Polizisten im Innenhof des UG zusammengezogen. Doppelposten mit MPs liefen auf den Gefängnismauern Streife. Vorher hatten sie gedroht, sie würden die Kundgebung auflösen, wenn dadurch Unruhe im UG entstände. Und es entstand Unruhe. Aus mehreren Zellen reichten Gefangene ihre Faust. Aus einem Fenster wehte die Rote Fahne. Aber die Bullen unternahmen nichts. Nachdem die Kundgebungsteilnehmer einstimmig eine Protestresolution verabschiedet hatten, beendeten wir die Kundgebung mit der Internationalen.

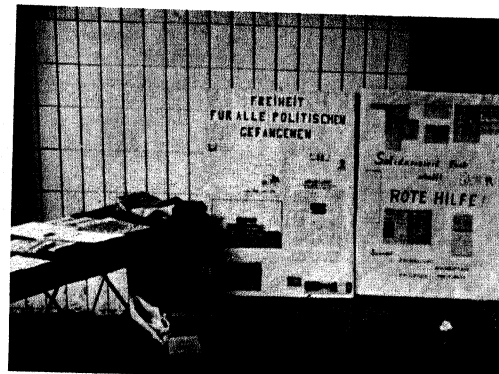


Am Abend vorher fand eine Veranstaltung mit 150 Teilnehmern statt. Die Rote Hilfe, die KPD/ML und das Komitee gegen Isolationsfolter waren die Veranstalter. Unter anderem sprach der Verteidiger der politischen Gefangenen Rechtsanwalt Groenewold. Auf dieser Veranstaltung wurden 300 DM gesammelt! Solidaritätsadresse an die Politischen Gefangenen im Hungerstreik:

Hamburg den 20/21. 9.74.
(Verabschiedet auf der Veranstaltung und der Demonstration in Hamburg)

Ihr habt für die Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung gekämpft. Ihr führt diesen Kampf im Gefängnis weiter. Deswegen will Euch die bürgerliche Klassenjustiz vernichten. Aber das wird ihr nicht gelingen, denn ihr seid nicht allein. Die Veranstaltung die zur Unterstützung Eures Hunger-

streiks von der Roten Hilfe, dem Komitee gegen Folter an den politische Gefangenen in der BRD und der KPD/ML durchgeführt wird, sendet Euch revolutionäre Kampfgrüße. Geschlossen stellen wir uns hinter Eure Forderung nach Aufhebung der Sonderbehandlung und Isolationsfolter und versprechen, alle Kräfte einzusetzen, um die Durchsetzung Eurer Forderungen von der Klassenjustiz zu erzwingen, und letztlich Eure Freiheit zu erkämpfen. Wir wissen, nur durch entschiedene revolutionäre Kampf wird Erfolge bringen auf dem Weg der endgültigen Befreiung der Ausgebeuteten und Unterdrückten von kapitalistischer Sklaverei. Genossen haltet durch! Der Weg ist schwer. Trotz allem: wir werden Siegen!



SCHLUSS MIT DER SONDERBEHANDLUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN!

SCHLUSS MIT DER ISOLATIONSFOLTER!

FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN AUS DER RAF!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN! ..

Frankfurt

Während der Verleihung des "Friedenspreises" des deutschen Buchhandels in der Paulskirche in Frankfurt ergriff ein Genosse des Komitees gegen Isolationsfolter mutig das Wort und versuchte die Hungerstreikerklärung der politischen Gefangenen zu verlesen. Diese Aktion wurde von der RH unterstützt. Der Genosse Karl Hinrich Adzersen wurde verhaftet und sitzt seither in Untersuchungshaft, unter der unglaublichen Anschuldigung der "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, die wegen des Verlesens der Hungerstreikerklärung erhoben wird. Auf diese Weise kann man jeden, der die Hungerstreikerklärung bloß in der Hand hält verhaften!

Die RH Frankfurt hat nach diesem unverschämten Angriff der Bourgeoisie sofort ein Flugblatt herausgegeben, und den Kampf aufgenommen.

Auf einer Veranstaltung der Roten Hilfe Frankfurt waren etwa 50 Kollegen Freunde und Genossen anwesend. Eine Spendensammlung ergab allein auf dieser Veranstaltung 320 DM. Inzwischen hat die RH Frankfurt auch auch über 300 Unterschriften zur Unterstützung der politischen Gefangenen gesammelt.

der RH zum Hungerstreik

Duisburg

Unter den 40 Teilnehmern einer Veranstaltung in Duisburg zum Hungerstreik waren auch Angehörige des in Duisburg-Neuenkamp von der Polizei erschossenen Motorradfahrers und ein Altgenosse der RHD. Die Veranstaltung fand Anklang und stellt einen guten Erfolg in der Arbeit des erst seit kurzem bestehenden Initiativkomitees für eine Rote Hilfe in Duisburg dar.

Lübeck

Am Freitag dem 20. 9. fand eine Veranstaltung der RH Lübeck statt, zu der über 50 Personen erschienen waren. Sie wurde in Zusammenarbeit mit der RH Kiel und dem Hamburger Komitee gegen die Isolationsfolter durchgeführt. Eine Spendensammlung ergab 126 DM.

Marburg

"Am 25.9. führt die Rote Hilfe gemeinsam mit der KPD/ML eine Solidaritätsveranstaltung zum Hungerstreik durch, zu der sie auf dem zweiten zentralen Flugblatt aufrief. Zu dieser Veranstaltung, die in kämpferischer Solidarität durchgeführt wurde, kamen etwa 40 Kollegen und Genossen. Die RH legte dort eine Solidaritätsresolution vor, die einstimmig verabschiedet wurde. Das Spendenergebnis betrug 55 DM. Auf Anregung der Anwälte bemühte die Rote Hilfe sich um Kontakt mit fortschrittlichen Ärzten, die gewillt sind, die RAF-Genossen zu untersuchen. In Wandzeitungen in der Uni riefen wir dazu um Unterstützung auf und erhielten auch bald einige Adressen. Eine wichtige Aufgabe für die RH Marburg besteht darin, den Genossen Andreas Baader, der nicht weit von hier im Ziegenhainer Gefängnis eingesperrt ist, zu betreuen. Als wir erfuhren, daß man versucht hatte ihn zwangszuuntersuchen, und die Zwangsernährung angedroht hatte kurz nachdem bereits an Holger Meins die brutale Folter der Zwangsernährung angewendet worden war, brachten wir dazu ein weiteres Flugblatt heraus."

Mannheim/Ludwigshafen

"Am 20. September führte die RH Mannheim Ludwigshafen, die erst eine Woche vorher gegründet worden war, ihr ersten öffentlichen Stammtisch zum Hungerstreik der politischen Gefangenen durch. Das war ein guter erster Erfolg in unserem Kampf: Einstimmig wurde eine Resolution verabschiedet und es wurden 240 DM gesammelt - bei etwa 25 Anwesenden. Am darauf folgenden Samstag führten wir eine breite Agitprop-Aktion mit Unterschriftenstand und Stellwänden und Wandzeitungen im Einkaufszentrum von Ludwigshafen durch."

Aus der Geschichte der Roten Hilfe

Die Hungerstreiktragödie in Gleiwitz

Aus: ROTE FAHNE Zentralorgan der KPD, Juli 1924:

"Der Hungerstreik der politischen Gefangenen im Gleiwitzer Gefängnis nimmt immer größere Formen an. Seit dem 25. bzw. 27. Juli befinden sich die Genossen im Hungerstreik. Jetzt verwehren mehr als 70 Gefangene die Aufnahme der Nahrung. Die Justizbrutalitäten sind grenzenlos. Der Genosse Brylla ist schwer erkrankt. Und der Untersuchungsrichter verweigert ihm jede ärztliche Hilfe. Man hat es darauf angelegt, die politischen Gefangenen nicht nur seelisch, sondern auch körperlich systematisch zugrunde zu richten.

Etwas 30 GEFANGENE sitzen nun fast ein Jahr und zum Teil noch länger in Haft, ohne daß die Voruntersuchungen abgeschlossen wären. Dem Genossen Sonnenberg wurde jeder Briefwechsel mit seinen Angehörigen untersagt. Da für ihn der Verkehr mit der Außenwelt unterbunden ist, ist er bereits wochenlang ohne jede Wäsche. Mit zynischer Brutalität geht die Gefängnisverwaltung gegen die Hungerstreikenden vor. Sie ließ am ersten Tag des Streiks aus allen Zellen das Wasser herausnehmen, und zwar mit der Schamlosen Begründung: Wer im Hungerstreik ist, braucht auch nichts zu trinken! Den Gefangenen wurde ferner die Raucherlaubnis entzogen. Die Schlesische Arbeiterzeitung veröffentlichte am 3. August den schriftlichen Bericht durch Genossen Schmidt, über die grauenhafte Gefangenenbehandlung in Gleiwitz.

ANZEIGE

rote hilfe

UNTERDRÜCKTE VON HEUTE -



SIEGER VON MORGEN!

Auf 96 Seiten faßt diese Broschüre Schriften der RHD aus den Jahren 1924 bis 32 zusammen.

Bestellungen an: M. Banos
46 Dortmund
Kesselstr. 31

Preis: 2,50 DM

Ich erkläre mich mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen solidarisch. Ich fordere:
WEG MIT DER ISOLATIONSPOLTER! SCHLUSS MIT DEM TERROR GEGEN POLITISCHE GEFANGENE!

SCHLUSS MIT DEM TERROR IN DEN GEFÄNGNISSEN!
SCHLUSS MIT DER VERNICHTUNGSHAFT AN POLITISCHEN GEFANGENEN!

Name: Anschrift:,
Datum: Unterschrift

Schimmel und Würmer in den Speisen. Schmutz und Wanzenplage in den Zellen. Endlose Verschleppung der Untersuchung. Es gibt Genossen, die 14 Monate inhaftiert sind, ohnedieß die Voruntersuchung abgeschlossen ist. Unterschlagung von Protestbriefen der Gefangenen, Verbot von kommunistischen Zeitungen, Büchern usw., Bestrafung durch Wäscheentzug, und unzählige andere Schikanen. Der Gefängnisarzt erscheint während des Hungerstreiks nicht ein einziges Mal im Gefängnis. Verschiedene Genossen sind in völlig erschöpftem Zustand zusammengebrochen. Ein Genosse versuchte in Verzweiflung schon zum zweiten Mal sich die Pulsadern zu öffnen und wurde darauf in die -Tobsuchtzelle gesperrt.

Die barbarische Behandlung wird vom Gefängnisvorsteher nicht bestritten. Es handelt sich in der Tat um Verhältnisse, wie sie seitdem nur aus Horthy-Ungarn bekannt waren. Die deutsche Justitschande treibt immer neue Blüthen Mißhandlungen über Mißhandlungen, die gefangenen Proletarier im Kerker dulden. Ein Justizskandal löst den anderen ab. Es liegt an der gesamten Arbeiterschaft endlich mit dem ungeheuren Justizskandal der Ebertrepublik aufzuräumen. Der Kampf für die Freilassung der politisch Inhaftierten muß mit der größten Leidenschaft geführt werden. Aus den Kerkern dringt der Ruf von 7000 Revolutionären:
ERZWINGT UNS AMNESTIE!
BRINGT UNS ROTE HILFE!"

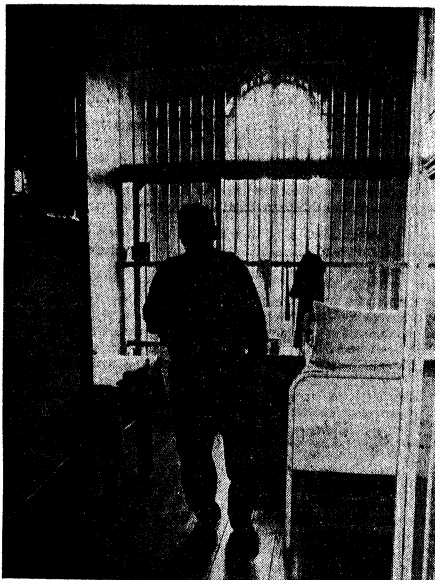
Kampf der Folter und Mißhandlung von Gefangenen

Ein Brief des Strafgefangenen Otto Worm

In der RH 26 berichteten wir über die Zustände im Mannheimer Gefängnis. Kennzeichnend für die systematische Gefangenenmißhandlung und Folterung ist der Brief des Strafgefangenen Otto Worm. O. Worm hat im Gefängnis einen offensiven Kampf geführt, er hat dazu auch seine Mitgefangenen mobilisiert. Er hat erkannt, daß der Kampf nicht allein im Gefängnis geführt werden kann, sondern breite Unterstützung durch die Öffentlichkeit notwendig ist. Deshalb berichtete er an Zeitungen usw. über die Vorgänge im Mannheimer Zentralgefängnis. Er hat zwar noch Illusionen z.B. über die Kripo, was jedoch in diesem Zusammenhang nicht wichtig ist. Wenn man im Folgenden die Aussagen über Mißhandlungen und Morde liest, kann man sich erst recht vorstellen, wie die berufsmäßigen Menschenschinder die politischen Gefangenen mißhandeln und fertigzumachen versuchen, Otto Worm schreibt:

"Am 15.5.74 mußte ich auf Transport. Am 29.5.74 kehrte ich aus Stuttgart wieder zurück. Unterwegs hatte ich im Gefängnis Ludwigsburg gehört, daß in der Zelle 1329 (in Mannheim) in der Nacht vom 26. zum 27. 12.73. (richtig: 27./28.) der Gefangene Vaas (Richtig: Vast) von mehreren Gefängniswärtern getötet worden ist. Daß weitere Mitgefangene von Justizwachtmeistern bedroht wurden, falls sie der Kriminalpolizei allzuviel darüber bezeugen wollten. Mehrere hatten sich so einschüchtern lassen und sich garnicht erst als Zeugen deswegen gemeldet." "Schon im Januar 74 erfolgte wieder eine grausame Folterung. Ein Mannheim-Heidelberger Taxifahrer Uwe W. wurde mit Händen auf dem Rücken in Handschellen so schwer unten im Keller gefoltert, daß er nur durch einen Zufall überlebte. Er trägt heute eine Gesichtsplastik und selbst der Justizfiskus hat ihm ca. 10 000 DM Schmerzensgeld angeboten. Er befindet sich jetzt im Gefängnis von Freiburg. Im April wurde Herbert G. von einem Gefängniswärter ebenfalls gefoltert. Er wurde dabei auch verletzt, aber ohne daß bleibende Schäden entstanden. Zur Frage der Folternacht von Pfingsten 1974 hier im Mannheimer Gefängnis. Ich selbst liege schräg gegenüber der Zelle 2321. Dort lag der Engländer Robert Williams ..., der US-

Amerikaner Stacey Hata aus Kalifornien sowie der Türke Irfan Akinal in einer Gemeinschaftszelle. Zwar wurde in dieser Zelle nur der Amerikaner und der Engländer gefoltert. Dies deshalb, weil sie übersehen hatten, daß noch ein dritter Gefangener sich in der Zelle befand. Es war ein Stockbett und ein einfaches Bett darin. Im einfachen Bett schlief Hata, im Stockbett oben lag Williams, während Akinal untenlag und rings um sich von oben her zwei seiner drei Dekken gehängt hatte. So war er garnicht zu sehen gewesen. Er war selbst so schockiert, daß er sich auch nicht



getraute herauszugucken, während neben ihm Hata und über ihm Williams gefoltert wurden. Er habe zwar gesehen wie Hata da mitten im Gesicht eine brennenden Zigarette ausgedrückt wurde und sogar noch erkennen können, welche drei Wärter in der Zelle waren. Aber die Wärter selbst waren nach Aussagen ihrer Beamtenkollegen erstaunt gewesen, daß sie in einer Drei Mann Zelle Mal einen vergessen hatten! Otto Worm berichtet weiter, daß in der gleichen Nacht

- 10 weitere Gefangene gefoltert wurden
 - 3 versucht wurden, zu foltern
 - 8 mit entschertem Karabiner mit Erschießung bedroht wurden
(Die Namen dieser Gefangenen sind der Redaktion bekannt)
 - 14 weitere. namentlich nicht bekannte Gefangene wurden ebenfalls mit Erschießung bedroht.
- er schreibt:
"Der Kalifornier St. Hata ist wohl kaum 1,50 m groß und wiegt vermutlich nur 35 Kg! Er ist japanischer Herkunft und so schwächling wie ein Kind von 9-10 Jahren. Weil er schrie, drückte ihm ein Wärter noch zusätzlich seine Zigarette ins Gesicht. Hierauf schrie er so laut auf, daß ich sofort seine Stimme dabei erkannte. Dies mochte um 22.30 Uhr oder auch danach sein.

Es ist immer schwer, die Gefolterten zur sofortigen Anzeigerstattung zu bewegen. Dies muß stets in solch einer Form geschehen, daß die Justiz nicht alles wieder niederschlagen kann, wie dies sonst üblich ist. Ich habe Hata sofort aufgehetzt, er solle seinem Konsulat schreiben. Auch den mitgefolterten Engländer Robert Williams hetzte ich auf, dies sofort dem Konsulat mitzuteilen."

"Glücklicher Weise ermittelte die Mannheimer Kriminalpolizei damals hier. Sie vernahm uns über einen kurz zuvor inhaftierten Gefängniswärter. So hatte ich doch Erfolg damit, daß ich ununterbrochen die Mitgefangenen aufhetzte, die Folterungen anzuzeigen."

"Trotzdem wurden einige Tage später erneut Mitgefangene gefoltert und dies wiederholte sich in einem fort. Ein Abteilungsleiter bekannte mir gegenüber offen, daß er es gewesen sei, der im Februar 1974 einen 17-jährigen Italiener auf der Treppe blutig geschlagen hatte, aber das könne ich ruhig anzeigen, alles würde nur im Papierkorb landen." "Ich selbst bin schon mehrmals gefoltert worden. So hatte am mir erst im November 1973 beide Vorderzähne eingeschlagen, weil ich mal darauf verwies, daß ich Angehörige in NS-Vernichtungslagern hatte." Gezeichnet:

Otto Worm

Verhindert den Rauschmiß des Dozenten Rainer Roth !

Rainer Roth ist Dozent an der Fachhochschule Frankfurt, Fachbereich Sozialarbeit. Schon seit längerer Zeit ist er seinem "Brot-herren", dem bürgerlichen Staat, unbequem. Denn er hat stets unter den Studenten die Illusion bekämpft, das durch einen opfervollen Einsatz als Sozialarbeiter die Mißstände und Ungerechtigkeiten im Kapitalismus ausgegült werden können. - So dern er hat klargemacht, daß im Gegenteil die Sozialarbeiter eingesetzt werden, um die Widersprüche im Kapitalismus zu verkleistern. Auf einer Vollversammlung der Fachhochschule hat er die Vertreterpartei D"K"P angegriffen, die es mit allen Mitteln zu verhindern sucht, daß die Studenten genau das

begreifen. Einige Tage später denunzierte ihn die D"K"P in ihrer Hochschulzeitung "Konsequent". Offen forderten sie seine Entlassung, wegen angeblich "mangelnder Qualifikation". Außerdem, so schrieben sie, sei er Mitglied der KPD/ML, und durch seinen Angriff auf die D"K"P arbeite er dem "Rechtskartell" in die Hände. Nicht zum ersten Mal hat die D"K"P Revolutionäre und fortschrittliche Menschen denunziert, offen bei der Bourgeoisie ihre Entlassung gefordert. Rainer Roth wurde prompt einige Tage später zu einem Anhörungsgespräch vor dem Direktor der Fachhochschule aufgefordert. Dort wurde ihm seine ganze politische Vergangenheit in allen Einzelheiten "vorgehalten". Am 30. 9. bezeichne-

te ihn der Rektor in einem Brief an den Kultusminister als "Extremist im öffentlichen Dienst. Das zeigt klar: Die Bourgeoisie bereitet das Berufsverbot Rainer Roths vor. Schützenhilfe erhält sie von der D"K"P! Aber Rainer Roth wird seinen Rauschmiß nicht kampfflos hinnehmen! Sofort wurden die Studenten über diesen Angriff informiert. Auf Initiative des KSB/ML wurde ein Komitee gegen die Berufsverbote gegründet. Sofort waren 40 Studenten bereit, aktiv in dem Komitee mitzuarbeiten - das zeigt, wie groß die Empörung unter den Studenten ist. Die RH unterstützt diesen Kampf! Sie arbeitet im Komitee mit und gemeinsam mit den Studenten den drohenden Rauschmiß Rainer Roths zu verhindern!

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ !

Urteilsbegründung im Oswald Schulte - Prozeß

Inzwischen ist die schriftliche Urteilsbegründung des Landgerichtes Dortmund zur Verurteilung der Genossen Oswald und Schulte wegen "Verunglimpfung der BRD" und ähnlichen "Delikten" zu 8 Monaten Gefängnis eingetroffen. Auf 62 Seiten hat das Gericht seinem Haß und seiner Angst Luft gemacht. Im Prozeß war der Anklagepunkt "kriminelle Vereinigung" zu Fall gebracht worden, dies war ein großer Erfolg.

Aber das Urteil gibt das eigentliche Ziel: Die revolutionären Organisationen zu treffen, ihre Agitation und Propaganda zu verbieten, in keiner Weise . In dem Wust von Geschwätz zeigen einige wenige Kernsätze, was das Urteil wirklich will: Zu den revolutionären Flugblättern und Zeitungen, für die

die Genossen verantwortlichen waren und wegen deren Inhalt sie vor Gericht gezerzt wurden schreibt das Gericht: "Das mindert aber nicht ihre (der Flugblätter und Zeitungen) potentielle Gefährlichkeit, weil es immer aus vielfältigen Gründen mit den bestehenden Verhältnissen Unzufriedene geber wird, die leicht geneigt sind, ihr Ohr dem zu leihen, der ihnen das Paradies auf Erden oder zumindest bessere Verhältnisse als die Bestehenden verspricht, wenn nur erst einmal die bestehende Ordnung beseitigt ist."

Wie man daraus deutlich entnehmen kann: Das bürgerliche Klassengericht sorgt sich ernsthaft um das Wohlergehen der herrschenden Klasse. Es weiß sehr wohl: Wenn die revolutionären Losungen und Ideen die immer

unzufriedeneren werktätigen Massen ergreifen, sie zum Handeln veranlassen dann wird es gefährlich für die Kapitalistenklasse. Und sie weiß: Das kapitalistische System bietet den Werktätigen kein zufriedenes Leben! Es bringt zum Ausdruck: Die Verbindung der Revolutionäre mit dem werktätigen Volk, dem Kampf des Volkes, das ist es, was die herrschende Klasse zu fürchten hat. Auch aus folgender Äußerung des Gerichtes kann man das deutlich entnehmen:

"Vielmehr zogen und ziehen sie (Genosse Oswald und Schulte) entsprechend ihrer grundsätzlich feindlichen Einstellung zur Bundesrepublik Deutschland als freiheitlich demokratischer Staatsform einzelne Tatsachen oder Vorfälle heran, die isoliert gesehen nicht einmal unrichtig sein mögen, um durch darauf aufbauende systematische Hetze beim Volk Abneigung und Haß gegen diese Ordnung zu erregen, sie zu diskreditieren und so eine revolutionäre Situation zu schaffen. Damit ist zugleich die aus der Tat sprechende Gesinnung der Angeklagten charakterisiert." Die Tatsachen dürfen also ruhig stimmen, nur die revolutionären Schlußfolgerungen dürfen nicht daraus gezogen werden. Ganz wie im Zusammenhang des Polizeimordes an Günter Routhier, wo das Dortmunder Amtsgericht in einem Strafbefehl gegen den Verleger des Roten Morgen, Gernot Schubert, erklärte: "Die zitierten Formalbeleidigungen übersteigen jedes vertretbare Maß selbst wenn man davon ausgeht, daß der am 18. 6. eingetretene Tod des Günter Routhier auf die polizeiliche Räumung eines Sitzungssaales in Duisburg am 5. 6. zurückzuführen ist" (Vergleiche dazu auch RH 26) Aus dem Urteil des Dortmunder Landgerichtes gegen die Genossen Oswald und Schulte spricht die Angst. Die Angst davor, daß die revolutionäre Wahrheit den Massen bekannt wird, sie ergreift und zum Handeln veranlaßt. Denn wenn sie überzeugt von der revolutionären Wahrheit - aufstehen, wird es mit der Macht der Kapitalistenklasse aus sein.



"Mit (bürgerlicher) Klassenjustiz hat das jedenfalls nicht das Geringste zu tun!" (Urteilsbegründung gegen die Genossen Oswald und Schulte)

Anklage gegen den Presseverantwortlichen der Roten Hilfe Hände weg von der ROTEN HILFE!

Im Augenblick laufen eine Reihe von Verfahren gegen Michael Banos, den presserechtlich Verantwortlichen für zentrale Flugblätter und die Zeitung der Roten Hilfe. Die Verfahrenslawine rollt in besonderem Maße seit dem Prozeß gegen Oswald und Schulte, wurde verstärkt im Zusammenhang des Polizeimordes an Günter Routhier und der Solidaritätskampagne mit dem Kampf der politischen Gefangenen in der DBR gegen Vernichtungshaft und Isolationsfolter. Konkret laufen 4 Verfahren wegen § 90 a "Verunglimpfung des Staates" gegen M. Banos. Hier von drei Verfahren wegen der Flugblätter zum Polizeimord an Günter Routhier, eines wegen eines Flugblattes zum Hungerstreik der politischen Gefangenen. Die herrschende Klasse erkennt, daß ihr in der Roten Hilfe eine Organisation entgegenwächst, die von Anfang

an die Solidarität der Massen gegen die Unterdrückung durch die herrschende Klasse und die stetige Fälschung, die von den Terrororganen der Bourgeoisie ausgedrückt wird, bekämpft hat. Sie zeigt der breiten Öffentlichkeit die Zusammenhänge der politischen Unterdrückung auf. Dies erkennt und fürchtet die herrschende Klasse. Ein Beispiel hierfür war der Prozeß gegen N. Oswald und M. Schulte, . Auch hierzu kam ein Flugblatt heraus - für das Genosse Banos verantwortlich zeichnete - auch hierzu läuft gegen ihn ein Verfahren. Diesmal wegen "Volksverhetzung". In diesem Flugblatt wurde die Justiz als Mittel der Kapitalistenklasse gekennzeichnet. Am 18. 9. wurde von der RH Dortmund ein Flugblatt zum Hungerstreik der politischen Gefangenen verteilt - am 23. 9. - nur fünf Tage später - erhielt Genosse Michael ein Ermitt-

lungsverfahren wegen "Böswilliger Verächtlichmachung der DBR". Das zeigt, daß der Hungerstreik der politischen Gefangenen und seine Unterstützung durch die Rote Hilfe die Bourgeoisie in große Unruhe versetzt. Michael Banos muß von allen Freunden und Genossen der Roten Hilfe unterstützt werden. Die Anklagen gegen ihn sind ein Versuch, die revolutionäre Agitation und Propaganda der Roten Hilfe zu kriminalisieren und zu verbieten. Die Wahrheit soll in diesen Fällen als bewußte und böswillige falsche Behauptung hingestellt werden. Die Wahrheit soll verboten werden, damit die Bourgeoisie weiterhin ungestraft ihre Verbrechen am Volk fortführen kann.

HÄNDE WEG VON DER ROTEN HILFE!
FREIHEIT FÜR DIE REVOLUTIONÄRE
AGITATION UND PROPAGANDA!

BIELEFELD**Weg mit der Anklage gegen - M.R. und B.L.**

Am 11. 10. standen Margret R. und Barbara L. vor Gericht, weil sie an der Herstellung und Verbreitung eines in der Betriebszeitung "Roter Anker" abgedruckten Artikels aus dem Roten Morgen unter der Überschrift "Polizeiterror in Bielefeld" beteiligt gewesen sein sollen. Durch diesen Artikel fühlte sich die Polizei "beleidigt" und in der öffentlichen Meinung "herabgewürdigt". Im Folgenden zitieren wir Auszüge aus diesem Artikel.

"In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag mißlingt einem Rotgardisten, der öfters chemische Experimente macht, (er ist Schüler) ein Versuch. Dabei wird ihm die linke Hand abgerissen und er verliert beinahe sein Augenlicht. Dieser tragische Unfall ist für gewisse berufsmäßige Menschen hinder dieses Ausbeuterstaates ein willkommener Anlaß, mit einer Terrorkampagne gegen die jungen, immer aktiver werdenden Kommunisten Bielefelds loszuschlagen. Drei Zivilbullen vom K 14 (politische Polizei) erschienen am Montag darauf bei der Mutter, und erklärten ihr, sie hätten zwar keinen Durchsuchungsbefehl, könnten ihn aber innerhalb von 3 Tagen bekommen. Die Mutter ist erschrocken und läßt sie herein. Sofort durchwühlen sie das Zimmer ihrer beiden Söhne, eines Schülers und eines Lehrlings. Sie beschlagnahmen, was ihnen nur irgendwie in die Finger kommt. Als sie die ganze Wohnung durchwühlen wollen, hindert sie die Mutter des Rotgardisten daran. Da zeigen die drei Dreckskerle, (eine Frau, ca. 23 Jahre alt, war auch dabei) ihre Fiese Art. Sie versuchten die Mutter des Rotgardisten einzuschüchtern, der eine Sohn, der Lehrling, müsse bald zur Bundeswehr, und sie würden da mal nachfragen. Außerdem natürlich in seinem Betrieb. Bei dem anderen Sohn (dem Schüler) drohten sie mit dem Erziehungsheim. Die Bullen schreckten vor nichts zurück: Sie drohten der Frau, sie würden ihren Mann aufsuchen, der mit einer schweren Rippenfellentzündung im Krankenhaus liegt. Es war

klar, daß jede Aufregung für ihn den Tod bedeuten konnte." Die Verhandlung fand unter regem Besuch von Mitgliedern und Sympathisanten der Roten Hilfe und der KPD/ML statt. Es kam dank der breiten Propagierung dieses Falles unter der Bevölkerung von Bielefeld und Umgebung erst garnicht zum Prozeß. Es zeigte sich von Anfang an, daß die Richterin Angst davor hatte, einen politischen Prozeß zu führen. Die Verhandlung endete, ohne daß man in die Beweisaufnahme eingetreten war, mit einer Verfahrenseinstellung wegen Verjährung seitens der Richterin und einem Revisionsantrag seitens des Staatsanwaltes.

Wichtig bei diesem Fall ist, daß sich dieser Prozeß einfügt in eine Prozeßlawine gegen Mitglieder und Sympathisanten der KPD/ML. Die Bourgeoisie versucht die revolutionäre Agitation und Propaganda der KPD/ML zu behindern, indem sie in großem Rahmen folgende Art von Aktionen durchführt: Vom Zentralorgan der KPD/ML, dem Roten Morgen, wurden in den letzten drei Monaten allein sieben Ausgaben beschlagnahmt, Stände der KPD/ML werden von der Polizei überfallen, Verkäufer dabei zusammengeschlagen und ins Präsidium geschleppt. Die Polizei dringt in Buchläden und Partebüros ein und beschlagnahmt alles, was ihr in die Finger kommt.

Die Bourgeoisie wird bei ihren Bestrebungen, die kommunistische Agitation und Propaganda zu behindern, zu kriminalisieren und zu verbieten nicht bei der KPD/ML stehenbleiben, sondern sie wird ihre Hände nach jeder fortschrittlichen Organisation austrecken, die ihr schadet. Was für Mittel die herrschend Klasse dazu anwendet, zeigt außer den anderen Beispielen auch ihr verzweifelter Versuch, den Verkauf des Roten Morgen, der Rote Hilfe Zeitung, und aller anderen revolutionären Zeitungen zu unterbinden. Sie macht den Verkäufern einen Gewerbeschein und eine Sondernutzungserlaubnis zur Auflage.

FREIHEIT FÜR DIE REVOLUTIONÄRE AGITATION UND PROPAGANDA!

NOTIZEN:**BIELEFELD****POLIZIST SCHOSS STADTSTREICHER AN**

Der Grund einer Fahndung, die am 16. 9. in Bielefeld stattfand, war die Suche nach zwei von einer Außenstelle entwichenen Gefangenen. In einem Schuppen unterhalb der Sparrenburg-Promenade vermuteten zwei Polizisten die beiden Gesuchten, da sie Laufgeräusche vernahmen. Als einer der beiden den Stall betrat, stand Wilfried Höber mit erhobenen Händen auf einem 60 cm hohen Podest. Der Polizist schoß sofort und verletzte W.H. lebensgefährlich durch einen Bauchschuß. Dies entspricht der Praxis der Polizei, sofort drauflos zu schießen, und soll durch die Erlaubnis der Bourgeoisie zum gezielten Todeschuß legalisiert werden.

DORTMUND

"Nach §3 Abs.1 Versammlungsgesetz ist es verboten, bei Versammlungen, Uniformen, Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen. In diesem Sinne gelten als Uniform, Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke auch einheitliche Krawatten und Kopfbedeckungen. Ein Verstoß gegen dieses Verbot wird gemäß §28 Vers.-Ges. mit Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren bestraft."

Dies ist eine Verordnung, die der Polizeipräsident in Dortmund hervorgerufen hat und sie in einer Genehmigung zu einer "Freiluftveranstaltung" der Roten Hilfe zur Auflage gemacht hat. Das ist übrigens der erste Vorfall dieser Art und richtet sich wohl speziell gegen die AP-Trupps der KPD/ML, da diese blaue Hemden und rote Halstücher tragen.

Verband der Kriegsdienstverweigerer:**Hetze gegen revolutionäre Antimilitaristen**

Mit der Bitte um Veröffentlichung erhielten wir folgende

Pressemittteilung:

Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Opposition im Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Der Bundesausschuß hat die Einleitung eines Ausschlußverfahrens gegen die Aktiven und den Vorstand der Gruppe Bochum beantragt.

Die Gruppe Bochum hat sich entwickelt im Kampf gegen bürgerliche Ideologien wie Pazifismus, Revisionismus, und Reformismus. Von Anfang an hat sie bewiesen, daß der Kampf gegen den Militarismus ein Teil des gesamten Klassenkampfes sein muß.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben aktive Mitglieder und Sympathisanten an einer Reihe antimilitaristischer und antipazifistischer Aktionen teilgenommen, wie z.B. an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972, der Demonstration gegen das reaktionäre Ausländergesetz, gegen das drohende CISNU-Verbot, gegen den Häuptling des Sozialimperialismus Breschnew und andere mehr. Dadurch gelang es in Aktionseinheit mit revolutionären und fortschrittlichen Organisationen, die Front gegen Militarismus und Imperialismus zu stärken.

Auch die Entwicklung der politischen Linie vollzog sich in ständiger Abgrenzung gegen die revisionistischen und pazifistischen Elemente in der Bewegung. Gleich zu Anfang veröffentlichte die Gruppe Bochum ein Papier zur Frage

der Gewalt, in dem ausdrücklich gesagt wird, daß revolutionäre Gewalt zu unterstützen ist, daß reaktionäre Gewalt dagegen mit revolutionärer Gewalt des Volkes bekämpft werden muß.

Schon damals wurde ein Ausschlußantrag gegen die Gruppe Bochum gestellt, der aber niedergeschlagen wurde.

Seitdem die Faktion der Revisionisten, Reformisten und Pazifisten im Frühjahr 1973 den Vorstand im VK übernommen hat, hat sich die Diskriminierung der Opposition weiter verschärft.

Bundeskongreß Anfang 1973: Initiativantrag Bochum, von einem Drittel der Delegierten unterschrieben, wird wegen Antragsfristüberschreitung von einer Stunde abgelehnt. Die Leitsätze wurden ausführlich von einer Reihe von Delegierten kritisiert, besonders die Frage der Abrüstung, der Verträge von Moskau und Warschau, die Arbeit in der Armee, KSZE, Befreiungskampf der Völker (Zitat des Bundesvorstandsmitgliedes Lesch: „Was wollt Ihr das Glück in fernen Ländern suchen?“); Der Antrag auf Nichtbefassung der Leitsätze wurde nur knapp abgelehnt: Dazu ZIVIL 3/73: „Die lange und weitausdehnde Diskussion zu den Leitsätzen soll zwar nicht verschwiegen werden. Doch hoffen wir, daß diese Diskussionen auf der S.6 der nächsten ZIVIL-Ausgabe breiter, treffender und inhaltlicher...geführt wird.“ Dort aber sind die Positionen der Opposition nie veröffentlicht worden.

Zum nächsten Bundeskongreß bekamen die Delegierten erst 3 Tage vorher den Alternativentwurf der Gruppe Bo-

chum, obwohl er schon 6 Wochen vorher abgeschrieben war, ebenso wie die Änderungsanträge der anderen Gruppen. Um ganz sicher zu gehen, gab es nur ein Exemplar pro Gruppe. Was kann es da für eine demokratische Abstimmung geben?

Und so ging es munter weiter: Zwar durfte die Opposition noch reden, aber jede Stellungnahme zur politischen Kritik wurde auf dem Bundeskongreß und danach verweigert. Vorsitzender des Bundesvorstandes Klaus Mannhardt: „Ich kann nicht zu jedem Problem auf der Welt etwas sagen.“ Dieses arrogante Verhalten verbirgt aber noch etwas anderes: Die Angst vor einer öffentlichen Auseinandersetzung. Deshalb hat sich die Vorstandsfaktion auf dem Bundeskongreß eine zusätzliche Waffe geschaffen: eine erhebliche Ausweitung des Rechtes auf Maßregelung fortschrittlicher politischer Äußerungen. Das Programm des VK ist verbindlich in die Satzung aufgenommen. Der Bremer Delegierte Bartnik: „Wir brauchen ein Instrument gegen die linken Schwätzer.“

Während sich der Vorstand nach außen hin immer noch das Mäntelchen der demokratischen Diskussion umhängte, verschärfte er jetzt seine Kampagne gegen die oppositionellen Kräfte. Vor den billigsten Verleumdungen schreckte er nicht zurück. Die Gruppe Bochum stellte einen Antrag, systematisch Informationen über Beschaffung neuer Waffensysteme u. ä. zu sammeln und in „ZIVIL“ zu veröffentlichen, um damit

den Lesern ein Bild der Intensivierung der Aufrüstung und Militarisierung zu verschaffen. Der Antrag wurde von einem Bundesvorstandsmitglied als Versuch, den Verband zu einer Spionageorganisation zu machen, die sofort verboten wird, verurteilt. Kritiken an der Ostpolitik und den Abrüstungsverhandlungen, die von verschiedenen Gruppen geäußert wurden, werden als Handlangerdienste für die Reaktion beschimpft.

Zu den Programmseminaren, die die Vereinigung von VK und DFG/IDK vorbereiten sollen, wurde es oppositionellen Minderheiten verboten, Anträge für die Seminare zu stellen. Gleichzeitig (etwa seit Anfang Juli) wird in den Ortsgruppen in NRW eine vom Landesverband initiierte „Diskussion“ über die Politik des VK Bochum geführt. Die Berichterstattung über diese Politik wird von vorstandsfremden Mitgliedern durchgeführt. Die Ortsgruppe Bochum hat Anfang September zum ersten Mal konkret erfahren, was ihr vorgeworfen wird. Natürlich wurde bei den „demokratischen Diskussionen“ keinem Vertreter der Gruppe Bochum Gelegenheit gegeben, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Der erneute Ausschlußantrag setzt dieser aufgezeigten Entwicklung die Krone auf.

Diese Maßnahme steht politisch in einer Reihe mit den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen“ der Gewerkschaftsführer, den zahlreichen politischen Entlassungen in den Betrieben und dem Radikalenerlaß im öffentlichen Dienst. Die Maßnahmen richten sich gegen alle, die sich nicht strikt zur bestehenden Rechtsordnung

(= Ausbeuterordnung) bekennen. So sollen alle Ansätze von Widerstand, alle Keime eines konsequenten Kampfes gegen die herrschenden Verhältnisse und das ganze kapitalistische System zer schlagen werden. Diese reaktionären Praktiken sind fester Bestandteil der inneren Militarisierung, sie sind die politische Sicherung der Macht der herrschenden Klasse. In diesem Rahmen zeigt sich deutlich die Rolle der revisionistischen-reformistischen VK-Führer als Helfershelfer der Reaktion! Gleichzeitig haben aber die offen undemokratischen Maßnahmen des Bundesvorstandes ebenso wie der immer krasserer Widerspruch zwischen dem Friedens- und Demokratiegeschwätz des revisionistischen-reformistischen Programms und der rauen Wirklichkeit neue Opposition in den Reihen der Mitglieder geweckt, haben durch den Kampf zweier Linien weitere Mitglieder gegen den BV Partei ergriffen. Im Augenblick ist die BV-Fraktion in der Oberzahl. Unsere bisherigen Erfahrungen haben uns jedoch gezeigt, daß wir unsere Linie weiterverfolgen müssen, weil sie richtig ist. Deshalb werden wir uns den Unterdrückungsmethoden des BV nicht fügen, sondern offensiv die revolutionäre Linie weiter vertreten.

Opposition in der Gruppe Bonn und Münster, sowie der VK Bochum.

KORRESPONDENZ

Anarchisten provozieren auf RH-Veranstaltung

Aus der Roten Hilfe ausgeschlossene Konterrevolutionäre als Provokateure und Agenten der Bourgeoisie

Ein revolutionärer Soldatengenosse schreibt uns:

" Ich möchte euch hier über einen Versuch eines politischen Verhörs durch den MAD beim Bund berichten. (MAD= Militärischer Abschirmdienst) Aus bekannten Gründen kann ich keine Angaben über meine Einheit und meine Person machen.

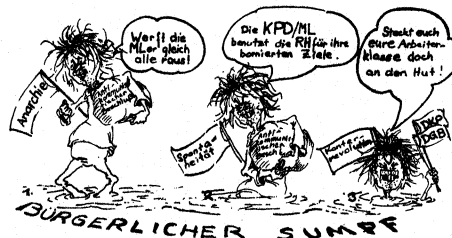
Zu Beginn versuchten sie es auf die scheinheilig freundliche Tour, in einem Gespräch von "Mensch zu Mensch", sie wollten lediglich einige Informationen, es ginge um meine Zukunft usw. Da sie aber feststellen mußten, daß ich auf ihre Zuckergeschoße nicht einging und ihrer hinterhältigen Gesinnungsschnüffelei eine klare Abfuhr erteilte, schlugen sie einen anderen Ton an und deckten ihre wahren Karten auf: Ich stände mit der KPD/ML und der Roten Garde in Verbindung und würde bei jeder Gelegenheit meine Kameraden beeinflussen und die Bundeswehr zersetzen. Und das entspricht dem Programm der KPD/ML - das wüßten sie ganz genau! Dagegen würden sie sich zur Wehr setzen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Sie wüßten jetzt auch mit wem sie es zu tun hätten, denn alle der Zugehörigkeit zur KPD/ML Verdächtigten, die sie verhört hätten, hätten sich genauso wie ich verhalten.

Am Schluß drohten sie mir noch Schwierigkeiten in meiner Berufsausbildung nach der Bund-Zeit an.

Ich meine, dies Beispiel zeigt deutlich die Praktiken des MAD und seine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Nicht zufällig ist in der Bundeswehr, dem wichtigsten Instrument des imperialistischen Staates die Bespitzelung und Verfolgung besonders stark. Dies alles zeigt nur die Angst vor dem Kampf der KPD/ML und der Roten Garde und ihre zunehmende Verbindung mit den Massen. Ich werde mich dadurch nicht vom revolutionären Kampf abhalten lassen und die Empörung meiner Kameraden über die Unterdrückung beim Bund bestärkt mich darin.

Rot Front ! Ein Soldatengenosse!

Am Freitag den 6. 8. fand in Westberlin eine Diskussionsveranstaltung der Roten Hilfe Westberlin statt. Zu dieser Veranstaltung waren neben etwa 100 interessierten Kollegen, Freunden und Genossen auch 18 Anhänger der auf der bochumer Konferenz hinausgesüßerten antikommunistischen Fraktion erschienen, die sogenannte "Rote" Hilfe Stephanstraße. Ihr Auftrag war es von vornherein - und das ließen sie durch unentwegtes Zwischenrufen, Trampeln und Lachen auch unmißverständlich erkennen, - zu provozieren und die Veranstaltung zu sprengen. Als ein Genosse den Anführer zur Ruhe aufforderte, war für ihn und das restliche Gesindel das Signal für den offenen Angriff gegeben. Vier von ihnen schlugen ihre Biergläser ab und warfen den ausgespritzten schweren Glasboden mit voller Wucht in die Menge. Mit Stühlen schlugen sie auf die Anwesenden ein, einer von ihnen zog plötzlich eine offensichtlich eigene für diese Aktion mitgenommene Gaspistole und schoß. Als die Genossen und Freunde sich vom ersten Schrecken erholt hatten, wurde das Gesindel in sekundschnelle aus dem Saal geschafft und mit blutigen Köpfen heimgeschickt.



Voll bestätigt: Karrikatur aus der RH 24 zur Bochumer Konferenz

Doch damit nicht genug - in ihrem neuesten Pamphlet, beklagen sich gerade diese Herrschaften über die Praktiken des "üblichen KPD/ML - Häufleins samt Schlägergarde" und zeigen nochmals unverholen, daß sie auf der anderen Seite der Barrikade, im Lager der Konterrevolution stehen: "Wir wissen, daß es nicht gut ist, so die Auseinandersetzung innerhalb der revolutionären Bewegung zu führen, finden aber, daß unsere Bewegung von solch faschistoiden stalinistischen Dreckschweinen gesüßert werden muß. Wir werden sie bekämpfen wie die Herren der Paläste!" Dazu wollen wir erst einmal festhalten, daß es sich bei diesen Auseinandersetzungen nicht um solche innerhalb der revolutionären Bewegung handelt, sondern um Auseinandersetzungen zwischen revolutionär kämpfenden Roten Helfern und lumpenproletarische Gesindel handelt, um offene Pro-

vokationen des Klassenfeindes, die auch künftig mit proletarischer Faust beantwortet werden. Diese und ähnliche Machenschaften sind nichts anderes als der verzweifelte Versuch dieser kleinbürgerlichen Elemente vom völligen Bankrott ihrer eigenen Politik abzulenken.

Sie scheuen sogar nicht davor zurück, in diesem Zusammenhang üble Lügen und Verleumdungen über die KPD Ernst Thälmanns und die 1924 von Clara Zetkin mitgegründete Rote Hilfe Deutschlands zu verbreiten.

Im "Diskuss", der Studentenzeitung des Frankfurter Asta, einem Forum kleinbürgerlicher Konterrevolutionäre, verbreiten sie unverschämte Lügen über die Rote Hilfe der 20 und 30iger Jahre. "Clara Zetkin" war der Rechtsopposition zugehörig. "Eine eigenständige Initiative wurde niemals ergriffen, geschweige denn eine selbstständige Politik vertreten" und "ihre Mitglieder waren KPD - Mitglieder die sich als solche nicht zu erkennen geben wollten." Die Wahrheit wird diesen Geschichtsfälschern ins Gesicht schlagen. Die Rote Hilfe hat durch die Organisation der Massensolidarität z.B. innerhalb von 9 Jahren, unter der revolutionären Führung von Clara Zetkin, 3 Annestien für politische Gefangene durchgesetzt, bei denen hunderte von ihnen freigelassen wurden. (siehe auch Leitartikel) Haben das Genossen erreicht, die sich nicht zu erkennen geben wollten?? Diese Beispiele sprechen für sich.

Noch wüster sind die Geschichtsverdrehungen und Beschimpfungen über die KPD Ernst Thälmanns. Nach Auffassung dieses kleinbürgerlichen Gesindels war es die "KPD Ernst Thälmanns, die im totalen Desaster des Faschismus endete." Im Klartext heißt das: Nicht die verräterische Sozialdemokratie mit ihren Noske, Scheidemann und Ebert tragen die Verantwortung für die Errichtung des Faschismus in Deutschland, sondern die KPD Ernst Thälmanns. Es war die SPD, die die Forderung der KPD nach einer antifaschistischen Einheitsfront ablehnte, um die Faschisten in den Sattel zu heben. Derartige Geschichtsverfälschungen und Lügen im Dienste der herrschenden Klasse werden die aufrichtigen Kämpfer gegen die politische Unterdrückung entschlossen mit entsprechenden Mitteln beantworten.

Wir werden dafür sorgen, daß diese Herrschaften dort landen, wo sie hingehören: Auf dem Misthaufen der Geschichte!

Bestellschein

M. Banos
46 Dortmund
Kesselstr. 31

rotehilfe

Hiermit bestelle ich: Abonnement ab Nr.....

Name, Vorname

Beruf

Postleitzahl/Ort

Straße.....

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum Unterschrift

UMRÜSTUNG des BUNDESGRENZSCHUTZES

Schlagstock und Schild

So stehen denn jetzt die Grenzjäger Schlagstock bei Fuß, um im Falle eines Falles Schulter an Schulter mit Polizeibeamten gegen Revolutionäre, Anarchisten und gewöhnliche Gesetzbrecher (alle im Fachdeutsch schlicht und allgemein Störer genannt) vorzugehen.

Wenn auch die neue Aufgabe laut offiziellem Sprachgebrauch die alte ist, so bringt der Einsatz als zusätzliche Polizeitruppe dem BGS doch ein erhebliches Maß an Änderungen. Die Jäger müssen nicht mehr lernen, Minen zu legen, dafür üben sie mit Schlagstock und Kunststoffschild. Von geländegängigen, gepanzerten Fahrzeugen steigen die Fahrer auf Wasserwerfer um. Leichtmetallfahnen oder Brückenpontons werden eingesetzt. Statt des grünen Stahlhelms stülpt sich der BGS-Beamte künftig den weißen Schutzhelm der Polizei im Einsatz über.

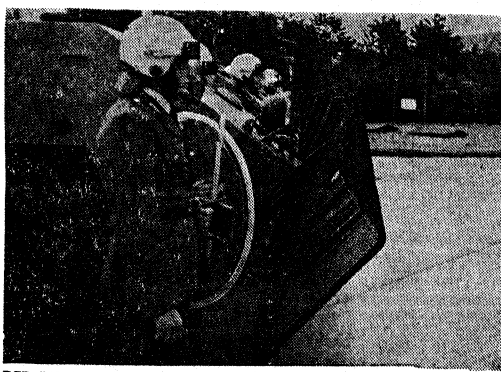
Und der Grenzschutz soll künftig eine echte Polizei sein. Fast mit jeder Konsequenz. Die Führungskräfte im BGS sind sogar bereit, Abstriche bei Statussymbolen zu machen. Denn: Seit der Grenzschutz Polizeiaufgaben wahrnimmt, ist man wieder wer. Das neugewonnene Ansehen wiegt mehr, als der Verlust eines Liebgewonnenen Titels. „Früher hat man uns kaum gekannt“, sagt ein hoher Offizier. „Aber jetzt spricht man wieder über uns. Jetzt sind wir überall dabei, wo etwas los ist.“

Es war viel los, als der BGS wieder ins Gespräch kam. Vor drei Jahren machte die Baader-Meinhof-Bande Schlagzeilen, vor drei Jahren sorgten politische Flugzeugentführer für Unruhe. Das Schlagwort von der Inneren Sicherheit kam auf. Verschreckte Bürger fürchteten um ihren ruhigen Alltag. Die Polizei schien hilflos. In dieser Situation erinnerte man sich des ins Abseits gerutschten Bundesgrenzschutzes

Damit aber niemand diese Killer von den Polizisten, die den Verkehr regeln, unterscheiden kann, wird die Kleidung der Polizei und des BGS vereinheitlicht. Daß diese Leute als Killer ausgebildet und eingesetzt werden, zeigt folgendes Zitat aus den "Lübecker Nachrichten": "Seit einem Jahr ist die Truppe in Hangelar bei Bonn einsatzbereit. Drei Einheiten mit jeweils

(Aus "Lübecker Nachrichten vom 5.10. 74)

1951 wurde der Bundesgrenzschutz (BGS) aufgebaut, als erste bewaffnete Aggressionstruppe nach dem Krieg. Als Aggressionstruppe gegen den Aufbau des Sozialismus in der DDR. Heute haben die Westdeutschen Imperialisten eine Aggressionsarmee, die Bundeswehr. Aber die Bourgeoisie braucht den BGS, wenn auch nicht als Grenzjäger: Für die "innere Sicherheit" gegen die "Baader-Meinhof Bande", "Revolutionäre und Anarchisten". "Die Polizei schien hilflos. Die Bürgerkriegsarmee, die Bullen machtlos gegen "ein paar Revolutionäre und Anarchisten"? Kaum vorstellbar. Machtlos ist die Polizei allerdings, wenn nämlich große Teile des Volkes revolutionär sind. Ihre Angst ist die Angst vor den Kämpfen der Massen, vor dem Volk. Natürlich kämpfen heute noch nicht die Millionenmassen, aber wo heute schon Teile der Bevölkerung auf die Barrikaden gehen, schlägt die Polizei brutal zu. Die Streikwelle im letzten Jahr: Zigtausende Arbeiter streikten. Brutaler Bulleneinsatz bei Hella und Ford. Maßnahmen gegen ein paar Revolutionäre und Anarchisten? Das waren Maßnahmen gegen revolutionäre Aktionen fortschrittlicher Teile der Arbeiterklasse! Mieterkampf in Frankfurt: Brutaler Polizeieinsatz gegen Hausbesetzer und tausende von Demonstranten, Mordversuch an TH. Hytrek. Auch hier war die Reaktion gegen einen revolutionär kämpfenden Teil der Massen gerichtet. Nordhorn Range: Bulleneinsatz gegen die Bevölkerung von Nordhorn die gegen den Bombenabwurfplatz kämpft. Heute reicht die Polizei kaum noch aus, um die "innere Sicherheit" sprich: die Bourgeoisie vor dem Kampf des Volkes zu schützen. Die Kämpfe wachsen an, der Klassenkampf verschärft sich. Immer mehr erkennen: Aus Unterdrückung und Ausplünderung hilft nur der Kampf gegen dieses unmenschliche System. Die Arbeiterklasse und andere Werktätige kämpfen gegen das System. Das bringt die Bourgeoisie und ihren Staatsapparat in Besorgnis. Sie weiß, daß ihre Herrschaft nicht ewig dauert, sie baut vor. Sie schuf sich ihre Notstandsgesetze, damit eine legale Handhabe bei ihren Bürgerkriegsmanövern vorhanden ist. Sie rüstet aus, MEKs werden gebildet. Doch das ist nicht genug. Der BGS, ein speziell militärisch ausgebildeter Terrorhaufen soll bei kommenden Kämpfen eingesetzt werden.



DER BUNDESGRENZSCHUTZ BEREITET SICH auf seine Aufgaben als Bundespolizei vor. Dazu gehört die Umrüstung der Einheiten. Grenzjäger lernen nicht mehr Minen zu verlegen, sondern mit Schlagstock und Schutzschild gegen Störer vorzugehen. Neu in der Ausrüstung ist ein mobiles Absperrsystem, das jetzt in Bayreuth dem Lübecker Bundestagsabgeordneten Heiner Möller vorgestellt wurde. Möller hatte als Berichterstatter des Innenministeriums für den Bereich innere Sicherheit drei Tage lang Unterkünfte des Bundesgrenzschutzes im gesamten Bundesgebiet besucht. Die in Bayreuth gezeigten Gittersperren sind an gepanzerte Fahrzeuge montiert. Nach Angaben des Grenzschutzes ist es unmöglich, diese Sperren zu überwinden.



HÜFTSCHUSS NACH FBI-VORBILD

25 Mann, geschliffen, hochgedrillt. Für das Grenzschutzkommando 9 (GSK 9) gibt es auf der Welt kein Vorbild". Der BGS rühmt sich, ein Kommando zu haben, eine Eliteterrortruppe, die keiner andren Terrortruppe der Welt auch nur in Etwas nachsteht. Man sieht: Die Bourgeoisie rüstet. Doch so brutal sie mittels ihrer Staatsgewalt auch auftritt, umso entschlossener wird das Volk mit diesen Verbrechern und seinen Killern abrechnen. Auch der BGS und sein GSK 9 werden gegen die revolutionäre Gewalt des Volkes den Sturz des Kapitalismus nicht aufhalten können.

Ortsgruppen der Mannheim/Ludwigshafen

Am 13.9. hat sich die Rote Hilfe -Gruppe Mannheim/Ludwigshafen gegründet auf der Grundlage des Programmatischen Aufrufs der Roten Hilfe, wie er von der April-Konferenz in Bochum verabschiedet wurde.

Der Polizeimord an dem Mannheimer Jungarbeiter Hans-Jürgen Remiszko durchgeführt von einem Spezial-Killer-Kommando, hat in der Bevölkerung große Empörung ausgelöst. Er hat klar gezeigt, daß die Herrschenden überall dort, wo sich Widerstand regt, rücksichtslos ihren staatlichen Terror entfesseln. Die Folterungen und Morde im Mannheimer Gefängnis haben gezeigt, daß Mord und Terror in den Kerkern des Kapitalismus hausen. Wir werden alles tun, um den Arbeitern und Werktätigen zu zeigen, daß diese Vorfälle keine einzelnen Übergriffe sind, sondern alltäglich im Kapitalismus, weil dieses System nur auf der systematischen Unterdrückung der breiten Volksmassen existieren kann. Je mehr die Kämpfe zunehmen, je entschiedener und grundsätzlicher der Widerstand gegen dieses System wird, desto offener, terroristischer, mörderischer wird die Unterdrückung. Wir werden Justizminister Benders Aktion "Saubermann" im Mannheimer Gefängnis skandal entlarven als das, was sie wirklich ist - eine groß angelegte Schau, mit der die Herrschenden ihr Unterdrückersystem als "funktionstüchtige Demokratie" hinstellen wollen.

Die Rote Hilfe Ma/Lu ruft auf zur Solidarität mit den politischen Gefangenen und besonders mit dem Hungerstreik der gefangenen Genossen der "RAF", die hier einen heldenhaften Kampf auf Leben und Tod führen. Wir werden das Gewissen der proletarischen Öffentlichkeit gegen die barbarische Isolationsfolter aufrütteln und den Kampf gegen die Vernichtungshaft, für die Freiheit der politischen Gefangenen organisieren. Auf der Grundlage des Programmatischen Aufrufs werden wir Prozesse gegen Kommunisten und Revolutionäre in unserem Raum zum Bummerang für die Bourgeoisie machen. Wir nehmen den Kampf auf gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse und gegen Berufsverbote. Und wir führen den Kampf weiter um einen deutschen Paß für den Rotgardisten und Kämpfer des Roten Antikriegstages 1972, Sascha Haschemi.

**KAMPF DER POLITISCHEN
UNTERDRÜCKUNG BIS ZUR
SIEGREICHEN REVOLUTION**

Roten Hilfe in und Köln gegründet!

Auf der revolutionären Linie der Roten Hilfe bauen wir unter den proletarischen und werktätigen Massen Mannheim/Ludwigshafens die Rote Hilfe auf. Das ist unser Beitrag zur Schaffung der Roten Hilfe Deutschlands!

Bericht über die Gründungsveranstaltung der Roten Hilfe, Ortsgruppe Köln.

Am 10. August 1974 wurde mit ca. 70 Freunde, Genossen und Kollegen die Rote Hilfe, Ortsgruppe Köln gegründet. Durch vorherige Agit-Prop, Flugblatt, Plakate und Hausbesuche kamen viele neue Leute. Zu Anfang hielt ein Genosse eine Rede, worin er die allgemeinen Aufgaben der RH anhand der revolutionären Linie darstellte.

Ein weiteres Referat einer Genossin zeigte die Aufgaben der Ortsgruppe Köln auf:

- Solidarität mit den Genossen Peter B., der bei Ford entlassen wurde
- Solidarität und Unterstützung für die 7 Antifaschisten und Kommunisten, die im Oktober vor die Klassenjustiz gezerrt wurden, weil sie voriges Jahr NPD-Faschisten mit revolutionärer Gewalt aus Köln-Nippes vertrieben haben.
- Solidarität mit den 4 Antifaschisten und Patrioten aus der Türkei, die längere Zeit in Köln in Untersuchungshaft gehalten wurden und denen heute noch die Abschiebung in faschistische Heimatland droht und natürlich eine nochmalige U-Haft.

Es wurde eine Resolution für die sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi verabschiedet. Anschließend wurden 366,32 DM für die RH, Ortsgruppe Köln und für die Familie von Günter Routhier gesammelt.

Die Veranstaltung war ein großer Erfolg.

Jedoch haben wir bei dieser Veranstaltung einen Fehler gemacht. Die direkte Mitgliederwerbung ist größtenteils unterlassen worden. Aber wir haben aus diesem Fehler gelernt und werden nun der Mitgliederwerbung wesentlich mehr Beachtung schenken und haben unter diesem Gesichtspunkt unsere Aufgaben neu geordnet.

Rot Front !

VORWÄRTS ZUR ROTEN HILFE DEUTSCHLAND!

KORRESPONDENZ

VON GENOSSIN R.ROUTHIER

ÜBER IHRE ERLEBNISSE IM SOZIALISTISCHEN ALBANIEN

Der Grund, daß mein Albanienurlaub für mich ein so großes und unvergeßliches Erlebnis wurde, liegt nicht zuletzt darin, daß ich das Glück hatte, mit einer wunderbaren Gruppe zu fahren. Sehr viele kannte ich schon vorher und bei den anderen kam von Anfang an gar nicht erst das Gefühl auf, fremd zu sein. Wir gehörten zusammen und wir waren eine Gemeinschaft, das war auf jeden Fall mein Eindruck.

Als bei unserer Ankunft in Albanien am Flughafen die Parolen der Gruppe, die wieder nach Hause flog, entgegenschallten, hatte ich zum ersten Mal das Gefühl, das mich während der ganzen Zeit meines Urlaubs nicht mehr verlassen hat: Ich war nicht in irgendein fremdes Land gekommen, ich war zu Hause! Noch heute ertappte ich mich dabei, daß ich zu Genossen sage: "Ja, bei uns in Albanien..." Als ich dann schon direkt am Flughafen persönlich begrüßt wurde und man mir sagte, daß man sich über meinen Besuch sehr freue und mir einen schönen Urlaub wünschte, mußte ich unheimlich um meine Fassung kämpfen.



Von dem wirtschaftlichen Fortschritt in Albanien zu berichten, will ich denen überlassen, die mehr davon verstehen als ich. Ich habe mich vor allem für die Menschen und ihr Zusammenleben im Sozialismus interessiert. Ich muß sagen, daß ich noch nie ein Volk gesehen habe, das so glücklich und frei von allem, was wir an Stress und Hetze jeden Tag ertragen müssen, lebt. Nicht nur die Kinder, die bei unseren Fahrten an der Straße standen und begeistert winkten, wie ich es noch nie erlebt habe, auch die Erwachsenen kamen uns mit so viel Freundschaft entgegen, daß man ganz überwältigt war.

Es war so schön für mich zu sehen, wie z.B. eine Gruppe junger Leute am Straßenrand in ein ernsthaftes Gespräch vertieft standen und als wir vorbeifuhren und grüßten,

ging auf einmal ein Leuchten über die Gesichter, die Püuste flogen hoch und sie grüßten zurück.

Ein anderes Erlebnis hatte ich im Aktionistenlager. Eine Genossin war mit mir bis fast zum Ende der Arbeitsstelle gegangen, wo wir dann mitarbeiteten, um symbolisch unsere Unterstützung zum Aufbau des Sozialismus zu zeigen. Um uns herum standen zum größten Teil junge Mädchen. Als wir dann nach der Arbeit noch ein Lied sangen, haben wir beide unsere Ernst Thälmann Plaketten verteilt. Ich hatte auch noch eine von meinem Mann. Obwohl wir gegenseitig kein Wort von dem verstanden, was gesagt wurde, merkte ich sofort, daß sie Günther kannten. Sie zeigten auf das Bild und auf mich und wir sahen, daß sie wussten, wer ich war. Und dann ließen sie unsere Hände überhaupt nicht mehr los. Die Gruppe war schon lange weg und wir standen immer noch da und mussten und von allen auf die schöne albanische Art mit einem Kuß auf beide Wangen verabschieden.

Auch bei anderen Gelegenheiten, in Fabriken usw. wurde mir immer wieder Beileid ausgesprochen und Mut gemacht.

Die eindrucksvollste Begegnung war aber dann für mich und wohl auch für viele andere die Tante Polyxenie (bei ihr wohnte Enver Hoxha, Vorsitzender der Partei der Arbeit Albaniens -Führer des albanischen Volkes, von 1936 bis 1939 in der Illegalität. Sie unterstützte ihn und den Kampf des Albanischen Volkes.) In Korca. So etwas von Herzlichkeit, Lebenskraft, Energie und Lebendigkeit habe ich bei einer alten Frau noch nicht gesehen. Die Genossen hatten ihr von Günther erzählt. Von dem Augenblick an, als sie wußte, daß ich seine Frau bin, ließ sie mich nicht mehr los. Sie hatte mir so viel zu sagen, daß unser Dolmetscher mit dem Übersetzen gar nicht nachkommen konnte. Mir tat es entsetzlich leid, daß ich selbst sie nicht verstand. Aber aus ihrem lebhaften Mienenspiel konnte man schon sehr viel herauslesen. Wir sind immer wieder abwechselnd um den Hals gefallen. Sie wird mir unvergeßlich bleiben, weil sie mir mit ihren Worten und ihrer Herzlichkeit so viel Mut und Kraft und Zuversicht gegeben hat, um durchzuhalten und den Kampf nicht aufzugeben.

R. Routhier



30 Jahre Volksrepublik Albanien

Reise durch ein Land

ohne politische Unterdrückung des Volkes.

DIE ROTE HILFE KÄMPFT IN EINER FRONT MIT ALLEN AUSGEBEUTETEN FÜR EINE NEUE GESELLSCHAFTSORDNUNG, IN DER ES KEINE POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG DER WERKTÄTIGEN GIBT, SONDERN EIN FREIES UND GLÜCKLICHES LEBEN FÜR DIE MASSES. EINE SOLCHE SOZIALISTISCHE ORDNUNG HAT SICH DAS ALBANISCHE VOLK ERKÄMPFT.

Jahrhundertlang stand das albanische Volk im Kampf gegen fremde Mächte, die das Land besetzt hielten. Zuletzt fielen im 2. Weltkrieg die italienischen und deutschen Faschisten über Albanien her. Aber das albanische Volk erhob sich zum bewaffneten Befreiungskampf; säuberte im November 1944 das Land von den faschistischen Besatzern und errichtete die Diktatur des Proletariats. Albanien ist das einzige Land in Europa, das sich aus eigener Kraft vom Faschismus befreite.

Der 30. Jahrestag der Befreiung Albanien ist nicht nur für das albanische Volk ein Feiertag, gemeinsam mit der VR China ist das sozialistische Albanien die Hoffnung für die Unterdrückten auf der ganzen Welt. Der Sieg des Sozialismus in China und Albanien gibt uns die Gewißheit, daß es auch bei uns möglich ist, die Terrorherrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen und Freiheit und Glück für die Massen zu erkämpfen. Darum ist der 30. Jahrestag der Befreiung Albanien - der 20. November - auch ein Feiertag für die ROTE HILFE!

In diesem Sommer hatten mehrere Genossen der Roten Hilfe Gelegenheit, ihren Urlaub im sozialistischen Albanien zu verbringen. Wir gewannen einen lebendigen Eindruck von der Wirklichkeit des Sozialismus.

Vor dem Abflug in Wien wurden wir behandelt wie Schwerverbrecher: Taschenkontrolle, Abtasten nach Waffen, Zollbeamte pöbelten uns wegen der Anstecknadeln mit dem Bild vom Genossen Günter Routhier an bei der Passkontrolle wurden heimlich Abschriften gemacht, Kameras machten Bilder für die politische Polizei. Welch ein Unterschied bei der Ankunft in Tirana! Soldaten der Volksarmee begrüßten uns, baten uns höflich um die Pässe, eine kurze Zollerklärung - das war alles. Keine Taschenkontrolle, niemand vermutete Waffen bei uns, obwohl wir aus dem kapitalistischen Ausland kamen. Ein freies Land empfing uns als Freunde.

Als wir später mit dem Bus durchs Land fuhren, hörten wir mehr über das Leben und den Dienst der uniformierten Genossen mit dem roten Stern an der Mütze. Im Osten Albanien, nahe der jugoslawischen Grenze, erklärte unser albanischer Reiseführer: Dies hier sind die Felder der Grenzpolizei. Die Grenzpolizei sowie die Volksarmee sind produktiv, neben ihrem militärischen Dienst sorgen sie selbst für ihren Le-

bensunterhalt. Sie machen Land urbar und bebauen es und sie unterhalten auch kleine Gewerbetriebe. Diese Armee und Polizei liegt dem Volk nicht auf der Tasche. Schulter an Schulter mit den Arbeitern und Bauern arbeiten die Soldaten mit beim Aufbau des Landes, bei der Hebung des Volkswohlstandes, ohne dabei ihre Wachsamkeit gegen die Feinde und das militärische Training zu vernachlässigen



Albanien:
Armee und Polizei zum Schutze
der Interessen des Volkes

Wir erfuhren auch eine Menge über die Klassenjustiz des Proletariats: Die proletarische Klassenjustiz ist milde gegenüber den Werktätigen, die Fehler machen, aber streng und unerbittlich gegenüber Volksfeinden, Agenten und Spionen und ähnlichen gegen das Volk arbeitenden Verbrechern. Gegenüber den Werktätigen ist das Hauptmittel im Kampf gegen Vergehen und Disziplinlosigkeit die ideologische Überzeugung. Der Erfolg ist, daß seit 1950 kein



Mord mehr geschah - in einem Land, in dem vor 30 Jahren noch die Blutrache üblich war.

Vergeht z.B. ein Werktätiger sich gegen das sozialistische Eigentum, so greift zunächst sein Arbeitskollektiv, seine Nachbarschaft, die Gewerkschaft, Jugend- oder Frauenverband, die Genossen der Partei der Arbeit Albanien ein und versuchen, ihm seinen Fehler klarzumachen. Erst wenn alle geduldigen Erziehungsversuche fehlgeschlagen sind, kommt der Fall vor das Volksgericht der Stadt. Diese Gerichte bestehen aus vom Volk in direkter Wahl gewählten Richtern, einem Vorsitzenden mit juristischer Ausbildung und Beisitzern aus den Reihen der Werktätigen ohne Vorkenntnisse, die auch weiterhin ihrer normalen Arbeit nachgehen. Bei der Gerichtsverhandlung werden die Kollegen und Nachbarn des "Straffälligen" eingeladen und um ihre Meinung zu dem Fall und über das nötige Strafmaß befragt. Jede "Strafe" dient hauptsächlich der Erziehung. Todesstrafe und Gefängnisse für Werktätige gibt es nicht. Die Verurteilten werden in Arbeitslagern eingewiesen, innerhalb der sie sich frei bewegen können. Sie arbeiten nach den normalen Normen und bekommen den Lohn eines normalen Arbeiters. Schulung und Diskussionen dienen der ideologischen Erziehung der Verurteilten zum Dienst am Volk, zur Achtung vor der Arbeit, Einhaltung der Disziplin, Sorgfalt gegenüber dem sozialistischem Eigentum des Volkes usw. Wer seine Arbeit gut verrichtet und in der ideologischen Erziehung Erfolge zeigt, wird vorzeitig entlassen.

Polizei, Armee, Justiz - im Kapitalismus die schlimmsten Unterdrücker und Peiniger des Volkes - sind hier im sozialistischen Albanien seine besten Freunde. Die Arbeiterklasse, die werktätigen Massen sind Herr über alle Bereiche des Lebens: Sie nehmen teil an der wirtschaftlichen Planung, sie kontrollieren die wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen, die Verwaltung, sie kontrollieren und diskutieren die Erziehung der Kinder in der Schule, das künstlerische Schaffen usw.

"Diktatur des Proletariats" in Albanien - Das bedeutet Unterdrückung aller Bestrebungen, die alten Ausbeuterhältnisse wieder herzustellen - aber breite wirkliche Demokratie für die werktätigen Massen.